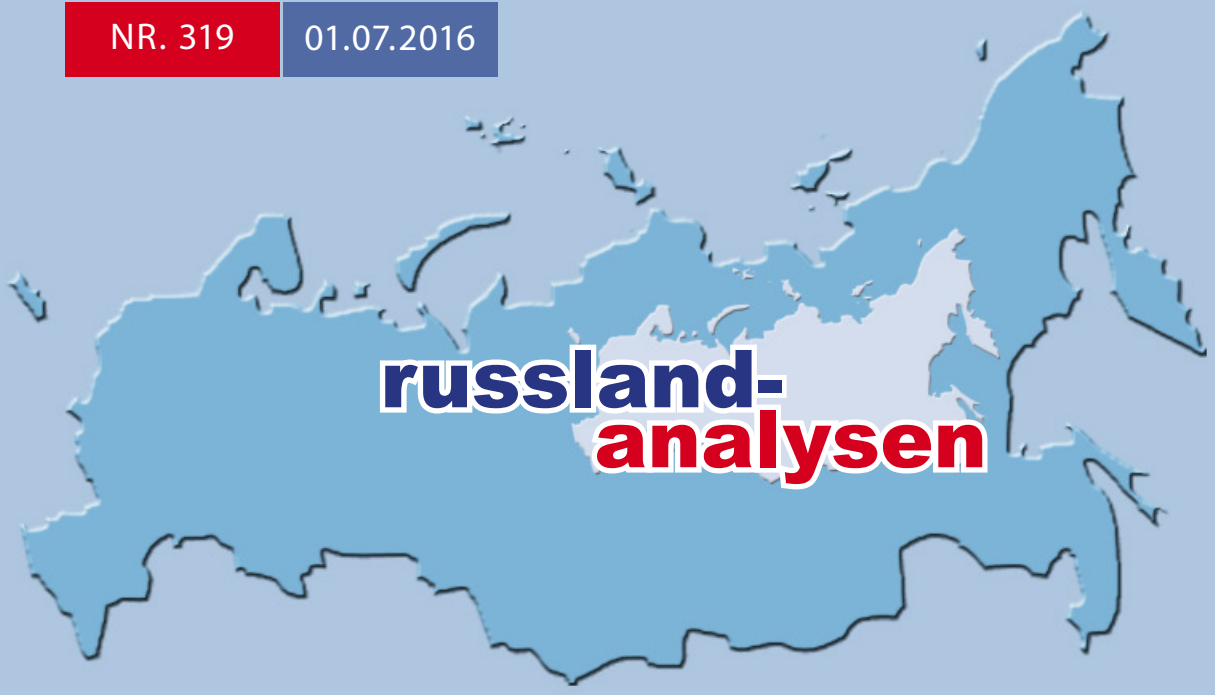
NR. 319 01.07.2016



russland-analysen

http://www.laender-analysen.de/russland/

DIE DUMAWAHLEN AM 18. SEPTEMBER
DIE FUSSBALL-EM UND HOOLIGANS

■ ANALYSE
Besonderheiten russischer Wahlen 2016:
Stärkung der regionalen Bürokratie und Schwächung der Parteien 2
Alexandr Kynew, Moskau

■ ANALYSE
Gesetzliche Hindernisse für politischen Wettbewerb bei den Wahlen zur Staatsduma 2016 7
Arkadij Ljubarew, Moskau

■ UMFRAGE
Die Dumawahlen in Umfragen 10
Wahlklima – Einschätzung der sozialen und gesellschaftlichen Situation 13

■ NOTIZEN AUS MOSKAU
Dumawahlen 2016 14
Jens Siegert, Moskau

■ AUS RUSSISCHEN BLOGS
Brexit 17
Sergey Medvedev, Berlin / Moskau

■ KOMMENTAR
Hybride Hooligans? 20
Steffen Halling, Berlin

■ UMFRAGE
Interesse für die Fußball-Europameisterschaft 23

■ CHRONIK
17. – 30. Juni 2016 24

DGO ► Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
► Forschungsstelle **Osteuropa** an der Universität Bremen
ZOIS Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien
Centre for East European and International Studies
in Gründung

Die Russland-Analysen werden unterstützt von
MANGOLD Consulting

ANALYSE

Besonderheiten russischer Wahlen 2016: Stärkung der regionalen Bürokratie und Schwächung der Parteien

Alexandr Kynew, Moskau

Zusammenfassung

Am 18. September 2016 werden die nächsten Wahlen zur russischen Staatsduma stattfinden, die siebten seit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Entstehen der Russischen Föderation. Nachdem Anfang der 2000er Jahre unter anderem durch Änderungen im Wahlrecht eine Zentralisierung staatlicher Herrschaft zu beobachten war, kehrte man ab 2013 zu einem gemischten Wahlsystem zurück, was den Einfluss der regionalen Bürokratien wieder stärken könnte. Daneben haben in den letzten Jahren Veränderungen in der Parteiengesetzgebung zu einer Stärkung der systemischen (die nach 2011 wieder diszipliniert wurde) und einer Schwächung der außersystemischen Opposition geführt. Da zudem die Bedingungen der Wahlbeobachtung weiter erschwert wurden, dürften die Wahlergebnisse in den Augen der Bevölkerung delegitimiert bleiben. Auch die jüngst erfolgte Neubesetzung der Zentralen Wahlkommission wird das nicht kompensieren können.

Veränderter institutioneller Rahmen

Die im September anstehenden Wahlen zur Staatsduma werden sich nach einer ganzen Reihe von Merkmalen radikal von den beiden letzten landesweiten Parlamentswahlen 2007 und 2011 unterscheiden; das betrifft vor allem die strengeren Regeln für eine Zulassung zu den Wahlen, den radikal verstärkten Zensus und die auf ein Minimum reduzierte gesellschaftliche Kontrolle der Wahlen. Zu den wichtigsten Besonderheiten des anstehenden Wahlgangs gehören:

- Die Rückkehr zu einem gemischten Wahlsystem;
- Eine erheblich größere Zahl der potenziellen Subjekte des Wahlprozesses; es sind 75 Parteien zur Teilnahme an den Wahlen zur Staatsduma berechtigt;
- Die Verlegung des Wahltermins vom Dezember in den September 2016, die den Wahlkampf der Parteien und Kandidaten drastisch erschwert, weil ein erheblicher Teil des Wahlkampfes dadurch in die Haupturlaubszeit fällt;
- Eine im Vergleich zu allen früheren Wahlen drastische Verschärfung der Vorschriften für die Registrierung von selbstnominierten Kandidaten und Kandidaten, die von Parteien ohne »Privilegien« nominiert wurden;
- Ein bisher noch nie dagewesener Zuschnitt der Wahlkreise in Föderationssubjekten mit mehreren Wahlkreisen (bei der urbane Gegenden aufgeteilt und mit dem flachen Land verschmolzen werden), was zu Verzerrungen bei der Repräsentation städtischer Wählerschaften führen könnte und die zukünftige Arbeit der Abgeordneten mit ihrer Wählerschaft erschweren dürfte;
- Die veränderte Zuordnung von Wahlberechtigten im Ausland zu Wahlkreisen in der Russischen Föderation, durch die diese nun über eine erheblich größere Zahl von Wahlkreisen verteilt werden (s. den vollständigen Bericht des KGI (russ.), S. 27–37; <http://st.golosinfo.org/2016/04/Doklad-monitoring-vyborov-2016-1-institutsionalnye-usloviya_KGI_26-04-2016.pdf>);
- Die drastisch reduzierten Möglichkeiten für ein Monitoring der Wahlen seitens der Parteien und Kandidaten wie auch durch die Gesellschaft. Diese Veränderungen schaffen zusätzliche Möglichkeiten zur Manipulation während der Stimmabgabe und bei der Stimmauszählung.

Es fällt auf, dass das neue Föderale Gesetz Nr. 20-FZ »Über die Wahl der Abgeordneten der Staatsduma«, das vom Präsidenten Russlands erst am 22. Februar 2014 unterzeichnet worden war, noch nicht angewendet wurde und dennoch bereits mehrfach geändert worden ist.

Gründe für die Änderung des Wahlsystems

Anfang der 2000er Jahre sind Änderungen des Wahlrechts zu einem festen Bestandteil staatlicher Politik geworden. Diese Politik zielte seinerzeit auf eine erhebliche Verschärfung der Kontrolle des Zentrums über die Regionen und die Wahl- und Parteiengesetzgebung waren ein wichtiger Bestandteil dieses Kurses.

Im September 2004 wurde beispielsweise die Abschaffung der direkten Gouverneurswahlen sowie der Wechsel vom gemischten Wahlsystem zum reinen Verhältniswahlrecht ab den Wahlen zur Staatsduma 2007 verkündet. Die Regionen verloren durch die Reformen ihre direkte Repräsentation im Parlament und behielten lediglich über die an die Regionen geknüpften Gruppen innerhalb der Kandidatenlisten der Parteien eine mittelbare Vertretung. Größter Nutznießer dieser Änderungen waren die zentralen Parteiführungen in Moskau.

Die Struktur der Parteien sah eine strenge Hierarchie vor, bei der selbst für Entscheidungen der regiona-

len Parteiorganisationen eine Zustimmung bzw. Abstimmung mit der zentralen Parteiführung erforderlich war. Die Staatsmacht kontrollierte die Parteien und diese die Abgeordneten.

Eine gewisse Stärkung der »systemischen« Opposition (der »Oppositionsparteien« in der Duma) unter Präsident Medwedew fiel unter anderem mit einer veränderten sozio-ökonomischen Lage in der Folge der Krise von 2009/10, der Revolution der sozialen Netzwerke und dem symbolischen Einfluss externer Ereignisse (u. a. des Arabischen Frühlings) zusammen. Die systemische Opposition wurde stärker zur Fronde, es setzte eine Konzentration von Protestwählern bei den wenigen verbliebenen zwar »systemischen«, aber immerhin »alternativen« Parteien ein (Einer der Anführer der »nicht registrierten« Opposition, Alexej Nawalnyj, hatte die Kampagne »Gib deine Stimme irgendeiner anderen Partei« gestartet. »Einiges Russland« erhielt dann bei den Dumawahlen 2011 weniger als 50 Prozent der Stimmen). Die Krise führte zu einer bald vorgenommenen Demontage einer Reihe von Elementen des politischen Systems der 2000er Jahre, nun bereits im Kontext der faktischen Rückkehr Wladimir Putins auf den Posten des Präsidenten der Russischen Föderation.

Um eine Konzentration des Protestes bei den wenigen verbliebenen Parteien zu vermeiden, wurden Eilmaßnahmen zur Abmilderung der Parteien- und Wahlgesetzgebung unternommen, die die Protestwähler in Richtung einer Vielzahl von Parteien spülen sollten. Das Parteiengesetz und das System der Registrierung wurden zügig korrigiert, doch sollte auch das System der Dumawahlen geändert werden.

Nach einer Vielzahl unterschiedlicher Vorschläge und einem Gesetzentwurf Medwedews von Ende Februar 2012, der nicht verabschiedet wurde, sah ein neuer Entwurf Präsident Putins vom 1. März 2013 ein gemischtes Wahlsystem (225 Direktmandate und ebenso viele Listenmandate) sowie eine Sperrklausel von fünf Prozent vor (2007 und 2011 lag sie bei sieben Prozent). Wahlblöcke sollten weiterhin verboten bleiben, wie auch die Nominierung von Mitgliedern fremder Parteien als Kandidaten. In die Kandidatenlisten sollten zwar Parteilose aufgenommen werden können, dabei jedoch nicht mehr als 50 Prozent der Kandidaten ausmachen dürfen. Dieser Entwurf wurde schließlich als Gesetz verabschiedet.

Hier sei zur Illustration angemerkt, dass die totale Dominanz von »Einiges Russland« bei den Regionalwahlen der letzten Jahre vor allem auf den Direktmandaten beruht (2012: 213 von 230). Kandidaten anderer Parteien haben in der Regel nur mit Hilfe »administrativer Ressourcen« oder erheblicher finanzieller Möglichkeiten eine Chance (wobei sie gewöhnlich ein »konstruktives Verhältnis« zur Regierung unterhalten). Angesichts dieser Bedingungen könnten es Oppositionsvertreter noch schwerer haben, falls es nicht zu einer radikalen Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage und wachsender Proteststimmung kommt und/oder die Überlassung eines Teils der Wahlkreise an formal unabhängige Kandidaten oder Kandidaten anderer Parteien nicht im Voraus abgestimmt ist.

Mehr registrierte Parteien und mehr Beschränkungen des passiven Wahlrechts

In der Folge der Änderung der elektoralen Politik im Dezember 2011 war durch das Gesetz Nr. 28-FZ vom 2. April 2012 die Mindestmitgliederzahl der Parteien auf 500 abgesenkt worden. Gleichzeitig erhielten die Kandidaten aller Parteien ein »Privileg«: Sie wurden von der zur Registrierung notwendigen Unterschriftensammlung befreit. Für Eigenkandidaturen wurden als Voraussetzung Unterstützerunterschriften von 0,5 Prozent aller Wahlberechtigten im betreffenden Wahlkreis festgelegt.

Es setzte eine zügige Registrierung neuer Parteien ein. Bei den Regional- und Kommunalwahlen vom 14. September 2014 waren beispielsweise bereits 69 Parteien teilnahmeberechtigt.

Darüber hinaus wurde ganz offensichtlich eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche betrieben, um die Loyalität der »alten systemischen« Parteien (also derjenigen, die schon vor 2011 existiert hatten) wiederherzustellen. Als Peitsche dienten negative Medienkampagnen und Strafverfahren gegen bestimmte Abgeordnete. Eine Rolle spielte auch die Kompromittierung der alten systemischen Parteien durch deren Zustimmung zu den übelsten Gesetzentwürfen in der Duma oder gar deren formaler Initiierung. Bezeichnend ist die Entwicklung 2012 bei »Gerechtes Russland«: Hatte die Partei im Frühjahr noch jene als Loyalisten vertrieben, die für eine Bestätigung der Regierung gestimmt haben, erfolgte Ende des Jahres bereits der Kampf gegen »überzogene Oppositionelle«. Das Ziel war insgesamt wohl, die Alternativlosigkeit der Parteienlandschaft zu demonstrieren und die Dominanz des Systems durch Entmutigung der Protestwähler und durch Mobilisierung der Konformisten und »administrativ Abhängigen« zu stärken.

Als Zuckerbrot wurde die staatliche Parteienfinanzierung erhöht: im Dezember 2012 von 20 auf 50 Rubel, und ab 1. Januar 2015 auf 110 Rubel jährlich pro errungener Stimme. Die Finanzierung der wichtigsten Parteien stieg dadurch gegenüber Ende 2011 auf das Fünffache. Die Motive des Staates liegen auf der Hand: Die Parteien sollten nicht an einer Suche nach privaten Sponsoren interessiert sein – im Mittelpunkt sollte das Bemühen stehen, die staatliche Finanzierung zu erhalten und zu behalten: die Aufmerksamkeit der Parteiführungen

sollte der staatlichen Bürokratie gelten, und nicht etwa unabhängigen Unternehmen.

Vor dem Hintergrund der im Frühjahr 2014 im Kontext der Angliederung der Krim entstandenen neuen Allianz zwischen Regierung und den »alten systemischen« Parteien (dem »Krim-Konsens«) wurde das Föderale Gesetz Nr. 95-FZ vom 5. Mai 2014 verabschiedet. Dieses Gesetz beraubte die meisten Parteien ihrer »Privilegien« bei der Registrierung ihrer Kandidaten. Diese Privilegien behielten nur jene Parteien, die bei den Wahlen zur russischen Staatsduma nicht weniger als drei Prozent der Stimmen errungen hatten (also eben jene »alten systemischen« Parteien), in seltenen Fällen auch andere Parteien, wenn sie in der betreffenden Region 2012–2013 bestimmte Wahlerfolge hatten erzielen können. Alle anderen Parteien mussten zur Registrierung erneut Unterstützerunterschriften sammeln, wobei die erforderliche Unterschriftenzahl mit einer Vorgabe von drei statt der früheren 0,5 Prozent erheblich angehoben wurde.

Dadurch wurde es nach dem Mai 2014 für Kandidaten schlicht unnütz, von Parteien »ohne Privilegien« für die Wahlen nominiert zu werden. Die Kandidaten hatten in jedem Fall die Unterschriften zu sammeln und eine große Menge Dokumente über das eigene Einkommen und seine Vermögensverhältnisse und die seiner Verwandten beizubringen. Bei einer Nominierung durch eine Partei muss zudem ein Paket von Unterlagen über die nominierende Partei vorgelegt werden, was den finanziellen und organisatorischen Aufwand erhöht, wie auch das Risiko (wegen der größeren Anzahl der Dokumente), die Registrierung verweigert zu bekommen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Prozess der Parteineugründungen nahezu zum Stillstand gekommen ist. Mit Stand vom März 2016 können nach Angaben des Justizministeriums 75 Parteien – mit und ohne »Privilegien« – an den Wahlen teilnehmen.

Parallel hierzu haben in den Jahren 2012 bis 2016 politische Organisationen keinen Parteistatus erlangen können, die in den Regionen eine reale politische Tätigkeit erkennen lassen und vielfach die landesweite und regionale politische Agenda bestimmen. Dies gilt vor allem für die »Partei des Fortschritts« (russ. »Partija progressa«, früher bekannt als »Volksallianz«) von Alexej Nawalnyj, die am 28. April ohne Gerichtsbeschluss vom Justizministerium aufgelöst wurde; zu nennen wäre zudem die »Partei des 5. Dezember«.

Dadurch ergibt sich das Bild, dass in diesen Jahren öffentlich kaum sichtbare Parteien mit dem breiteren Publikum kaum bekannten Führungsfiguren und einer belanglosen Arbeit in den Regionen sich mit Leichtigkeit registrieren lassen und umbenennen konnten, während Initiativgruppen, die wohlbekannte Vertreter des öffentlichen Lebens in ihren Reihen haben und in den Regionen reale politische Arbeit leisten, Probleme mit der Registrierung haben.

Beschränkungen für das passive Wahlrecht

Die Gesetzesvorschriften von 2006 verwehren es Bürgern mit einer zweiten Staatsangehörigkeit oder einem Aufenthaltstitel im Ausland oder einem anderen Dokument, das das Recht zum ständigen Aufenthalt auf dem Territorium eines ausländischen Staates bestätigt, als Abgeordnete der Staatsduma gewählt zu werden.

Durch das Gesetz Nr. 19-FZ vom 21. Februar wurde festgelegt, dass Personen, die wegen schwerer Verbrechen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurden, für eine Zeit von 10 Jahren nach Erlöschen oder Tilgung der Vorstrafe das passive Wahlrecht verlieren; für Personen, die für besonders schwere Verbrechen verurteilt wurden, gilt eine Frist von 15 Jahren.

2013 wurden praktisch eigentumsbezogene Beschränkungen eingeführt. Ein Kandidat ist verpflichtet, zum Zeitpunkt seiner Kandidatur alle Konten (Anlagen) im Ausland aufzulösen, die Aufbewahrung von Barmitteln und Vermögenswerten in ausländischen Banken, die sich außerhalb Russlands befinden, einzustellen und / oder sich von ausländischen Finanzinstrumenten zu trennen.

Die genannten Beschränkungen betreffen Hunderttausende Bürger der Russischen Föderation.

Beschränkungen der Rechte von Wahlbeobachtern

Die Wahlen 2016 stehen im Zeichen einer drastischen Verringerung der Möglichkeiten für eine unabhängige Wahlbeobachtung. Eine qualitative Verschlechterung war bereits im Jahr 2006 erfolgt: Durch das Föderale Gesetz Nr. 93-FZ vom 21. Juli 2005 wurde das Recht gesellschaftlicher Vereinigungen abgeschafft, bei landesweiten Wahlen Wahlbeobachter zu entsenden; den Föderationssubjekten wurde die Möglichkeit eingeräumt, dieses Recht auch bei Regional- und Kommunalwahlen abzuschaffen, wodurch gesellschaftliche Vereinigungen nur in vereinzelten Regionen das Recht zur Wahlbeobachtung behielten. Seit 2006 konnten Vertreter gesellschaftlicher Organisationen in der Praxis eine Wahlbeobachtung in den Wahllokalen vor allem als Korrespondenten von Medien durchführen. Bis 2016 war die Situation in rechtlicher Hinsicht – ungeachtet immer wieder auftretender Konfrontationen zwischen Behördenvertretern und unabhängigen NGOs und trotz Versuchen, auf diese NGOs Druck auszuüben und gegen sie Medienkampagnen zu fahren – stabil geblieben.

2014 erfolgte eine drastische Verschlechterung der rechtlichen Lage von unabhängigen NGOs, die sich mit Wahlbeobachtung befassen. Durch das Föderale Gesetz Nr. 355-FZ vom 24. November wurden in der Wahlge-

setzgebung Änderungen vorgenommen, denen zufolge nicht nur ausländische Staatsangehörige und Staatenlose, sondern nun auch ausländische Organisationen, internationale Organisationen und Bewegungen sowie russische NGOs, die die Funktion eines »ausländischen Agenten« ausüben, »nicht berechtigt [sind], eine Tätigkeit auszuüben, die die Nominierung von Kandidaten oder Kandidatenlisten, eine Wahl […] befördern oder behindern oder sich in anderer Form an einer Wahl oder einem Referendum beteiligen«.

Gleichzeitig ergingen Verbote für Spenden an politische Parteien und an Wahlkampffonds von Parteien und Kandidaten durch nichtkommerzielle Organisationen, die die Funktion eines »ausländischen Agenten« ausüben. Verboten wurden darüber hinaus Vertragsabschlüsse zwischen politischen Parteien und NGOs, die die Funktion eines »ausländischen Agenten« ausüben, oder NGOs, die binnen Jahresfrist vor Vertragsabschluss Geldmittel oder andere Vermögenswerte von ausländischen Staaten oder internationalen Organisationen erhalten hatten; bei Verstößen gegen diese Verbote drohen empfindliche Geldstrafen.

Im Februar 2016 erfolgte der nächste Schritt zur Beschränkung von Wahlbeobachtung. Durch das Föderale Gesetz Nr. 29-FZ vom 15. Februar 2016 wurde die Zahl der Wahlbeobachter, die pro Wahlsubjekt (Partei, Kandidat) in eine Wahlkommission entsandt werden können, auf zwei und die Zahl der Ersetzungen eines Wahlkommissionsmitgliedes mit beratender Stimme auf fünf Mal begrenzt. Gleichzeitig wurde die Vorschrift eingeführt, dass eine Liste der entsandten Beobachter spätestens drei Tage vor dem Wahltag vorzulegen ist. Eine Person kann nur in eine Wahlkommission als Wahlbeobachter entsandt werden. Somit wird im Voraus bekannt sein, welche Wahllokale am Wahltag ohne Beobachter sein werden; auf die einzelnen potenziellen Wahlbeobachter wiederum kann Druck ausgeübt werden. Darüber hinaus verbietet das genannte Gesetz praktisch die Methode der sogenannten »mobilen Wahlbeobachtung«, bei der Beobachterteams (u. a. mit Berufsjuristen) am Wahltag in die »schwierigsten« Wahllokale fahren. Einen gewissen Ausgleich stellt die Festschreibung des Rechts der Wahlbeobachter dar, Foto- und / oder Videoaufnahmen machen zu dürfen (von einem Standort aus, der vom Wahlvorsteher im Wahllokal festgelegt wird). Es wurde festgelegt, dass Wahlbeobachter des Wahllokals verwiesen werden, wenn eine Gesetzesübertretung durch sie gerichtlich festgestellt wurde.

Des Weiteren wurden praktisch die Möglichkeiten für Vertreter unabhängiger NGOs beseitigt, als Medienkorrespondenten in den Wahllokalen tätig zu sein. Gleichzeitig wurden auch für Journalisten die Möglichkeiten generell beschnitten. Durch das Föderale Gesetz Nr. 66-FZ vom 9. März 2016 ist die Anwesenheit im Wahllokal am Wahltag nur jenen Medienvertretern erlaubt, die nicht weniger als zwei Monate vor Beginn der Wahlkampagne einen Arbeits- oder einen ein Entgelt vorsehenden zivilrechtlichen Vertrag abgeschlossen haben. Anträge auf Akkreditierung wie auch auf Entsendung von Wahlbeobachtern müssen spätestens drei Tage vor dem Wahltag eingereicht werden. Internet-Ausgaben werden als eigene Medienart geführt. Gleichzeitig wurden Geldstrafen für Wahlbeobachter eingeführt, wenn diese »die Arbeitsweise der Wahlkommission stören, oder Hindernisse für die Teilnahme von Wählern oder Referendumsteilnehmer schaffen, sofern diese Handlungen nicht strafrechtlich relevant sind«; die Strafen betragen für einfache Bürger zwischen 2.000 und 5.000 Rubel und für Amtspersonen zwischen 20.000 und 50.000 Rubel.

Es sei darauf hingewiesen, dass sich hier eine rechtliche Kollision zwischen der Ernennung der Wahlbeobachter und der Akkreditierung von Journalisten drei Tage vor den Wahlen sowie dem Paragraphen 14 des Föderalen Gesetzes »Über die Wahl der Abgeordneten der Staatsduma« ergibt. Dieser Artikel besagt, dass von der Territorialen Wahlkommission in Absprache mit der Regionalen Wahlkommission des Föderationssubjektes in schwer zugänglichen oder entlegenen Gegenden, auf Schiffen, auf Militärstützpunkten, die gesondert oder von Ortschaften entfernt liegen, (hier auf Antrag der Stützpunktkommandanten) und an zeitweiligen Aufenthaltsorten von Wählern (Krankenhäuser, Sanatorien, Erholungsheime, Bahnhöfe, Flughäfen usw.) »in Ausnahmefällen« Wahllokale spätestens drei Tage vor dem Wahltag gebildet werden können. Dadurch ist hier im Voraus weder eine Akkreditierung von Beobachtern noch eine von Journalisten möglich; diese Wahllokale bleiben somit völlig jenseits einer Kontrolle.

Die neue Zentrale Wahlkommission

Es wurde versucht, das skandalöse Vorgehen, das in der Vergangenheit die Korrektheit der bevorstehenden Wahlen und die Spielregeln als solche diskreditiert hat, durch eine Imageverbesserung der Zentralen Wahlkommission (ZIK) zu kompensieren; das kam bis zu einem gewissen Grade einer »politischen Anästhesie« gleich. Zu beachten ist allerdings, dass die ZIK lediglich die geltenden Gesetze umsetzt und nicht selbst die Spielregeln bestimmt.

Wladimir Tschurow, der notorische Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, wurde von der Menschenrechtsbeauftragten Russlands, Ella Pamfilowa, abgelöst, die am 28. März 2016 offiziell zur neuen Vorsitzenden der ZIK gewählt wurde. Darüber hinaus waren

von den 15 Mitgliedern der neuen ZIK nur 6 auch früher schon Mitglied.

Allerdings wird die neue ZIK 2016 auf die regionalen Wahlkommissionen nur sehr begrenzt Einfluss ausüben können, da die meisten regionalen Kommissionen nicht vor den Dumawahlen neu besetzt werden. Voraussichtlich werden nur acht regionale Wahlkommissionen vor den Wahlen neu gebildet.

2016: Der Start und die Folgen

Vor diesem Hintergrund hat der Wahlkampf praktisch begonnen – mit breitangelegten Vorwahlen (russ.: »prajmeris«; juristisch: »innerparteiliche Vorwahlen«) von »Einiges Russland«, die am 22. Mai 2016 stattfanden. Diese erinnerten heuer weitestgehend an gewöhnliche Wahlen: mit Wahllokalen (rund ein Fünftel so viele wie bei gewöhnlichen Wahlen), in denen jeder Interessierte, der dann am Eingang per Hand in die Liste eingetragen wurde, abstimmen konnte. Auch die Skandale bei den Vorwahlen erinnerten weitestgehend an jene bei gewöhnlichen Wahlen: es wurde einer Reihe starker, aber der jeweiligen Regionalregierung nicht genehmer Kandidaten die Registrierung entzogen, es wurden Wähler herangekarrt, Wähler praktisch gekauft, auf öffentliche Angestellte Druck ausgeübt (zur Abstimmung zu gehen), zusätzliche Stimmzettel eingeworfen, Protokolle umgeschrieben etc.

Fazit: Institutionelle Besonderheiten mit gewissen politischen Folgen

Zum einen erhöht allein das veränderte Wahlsystem, die Wiederherstellung der Mehrheitskomponente unweigerlich die politische Unabhängigkeit der Abgeordneten, die sich nicht nur an der Meinung der Partei- und Staatsbürokratie werden orientieren müssen, sondern auch an der ihrer Wähler und der regionalen und lokalen Eliten, von denen sie als Kandidaten unterstützt wurden.

Zweitens wird sich der Einfluss der Regionalregierungen auf die Arbeit der Staatsduma erhöhen: Der verringerte Anteil an Listenmandaten wird den Einfluss der »Parteivertikalen« auf die Regionen schmälern und gleichzeitig werden die regionalen Regierungen »administrative Ressourcen« in den Händen haben, mit denen sie die Registrierung der Kandidaten in den Direktwahlkreisen kontrollieren können.

Als Drittes besteht ein gewisses Risiko, dass die Wahlergebnisse in der Öffentlichkeit delegitimiert werden. Die öffentliche Meinung könnte die mit aller Wahrscheinlichkeit erfolgende Verkündung einer totalen Dominanz der Abgeordneten der Partei »Einiges Russland« nicht akzeptieren, falls deren Ergebnisse bei den Kandidatenlisten erheblich zurückgehen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Gesellschaft solche Ergebnisse als ungerecht empfinden, wofür zusätzliche Voraussetzungen geschaffen wurden. Die Gründe könnten nämlich in einer wahrscheinlich geringeren Wahlbeteiligung aufgrund des geänderten Wahldatums und in der durch die jüngsten Gesetzesänderungen bewirkten Beschneidung der Wahlbeobachtung (insbesondere einer unabhängigen) liegen. Die Reaktion der gesellschaftlichen Meinung dürfte hier klar sein: Wenn die Rechte von Wahlbeobachtern beschnitten werden, dann geschieht das nicht einfach so, dann soll da etwas verheimlicht werden. Auch die skandalösen Methoden zur Erhöhung der Wahlbeteiligung (massenhafte Stimmabgabe außerhalb des Wahllokals oder mit Wahlschein) könnten die Situation verschärfen. Gleiches gilt für die Nichtzulassung einer Reihe von Parteien und Kandidaten, die im Sinne eines realen Wettbewerbs bei den Wahlen symbolhaft wären. Dann könnte selbst das persönliche Ansehen der neuen Leitung der Zentralen Wahlkommission nichts mehr an der Lage ändern.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Alexandr Kynew ist Dozent an der Abteilung für Politikwissenschaft der Higher School of Economics Moskau. Er leitet die Expertengruppe zum Wahlmonitoring des »Komitees bürgerlicher Initiativen« (KGI; Kudrin-Stiftung).

ANALYSE

Gesetzliche Hindernisse für politischen Wettbewerb bei den Wahlen zur Staatsduma 2016

Arkadij Ljubarew, Moskau

Zusammenfassung

Eines der Wesensmerkmale von Wahlen in Russland sind gesetzliche Hindernisse, die den politischen Wettbewerb beschränken. In den letzten Jahren hat die Menge dieser Hindernisse weiter zugenommen. Dies betrifft den Einfluss der Exekutive auf die Wahlkommissionen, die Gesetzesbestimmungen bezüglich der Registrierung der Kandidatenlisten der Parteien und der Direktwahlkandidaten, die Beschränkung des passiven Wahlrechts und schließlich die ungleichen Bedingungen für den Wahlkampf – alles zugunsten der »Partei der Macht«.

Politische Abhängigkeit der Wahlkommissionen

Eine wesentliche Beschränkung des politischen Wettbewerbs bei den Wahlen zur Staatsduma 2016 resultiert aus der politischen Abhängigkeit der Wahlkommissionen von der »Partei der Macht«. Das vom Gesetz vorgegebene Verfahren zur Bildung der Wahlverwaltung, also der Wahlkommissionen, ermöglicht keine Unabhängigkeit von der Exekutive, keine Unvoreingenommenheit oder politische Neutralität dieser Körperschaften. Die Hälfte der Mitglieder der Wahlkommissionen der Föderationssubjekte wird von den Regierungschefs der jeweiligen Region ernannt. Und auch auf die Besetzung der verbleibenden Hälfte durch das Regionalparlament hat die Exekutive erheblichen Einfluss. Die Wahlkommissionen der Föderationssubjekte wiederum bestimmen die Zusammensetzung der nachgeordneten Wahlkommissionen.

Das Gesetz schreibt vor, dass nur mindestens die Hälfte der Mitglieder einer Wahlkommission durch Vertreter politischer Parteien gestellt werden muss, und dies nur durch Vertreter der in den entsprechenden Parlamenten vertretenen Parteien. In der Realität ist es durch eine Reihe anderer gesetzlicher Beschränkungen meist so, dass Vertreter der Parteien weniger als die Hälfte der Kommissionsmitglieder ausmachen, wobei eins davon Vertreter der »Partei der Macht« ist. Die andere Hälfte der Mitglieder oder sogar die Mehrheit wird von den Behörden nach eigenem Gutdünken ernannt. Somit bestehen die Kommissionen im Allgemeinen mehrheitlich aus Mitgliedern, die der Regierung vollkommen hörig sind. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Wahlkommissionen oft Entscheidungen zugunsten der »Partei der Macht« treffen. Zu Hilfe kommen dabei die ungenauen oder schlichtweg diskriminierenden Vorschriften des Wahlrechts. Dies ist deutlichan den Gesetzesbestimmungen zu erkennen, die die Nominierung und Registrierung der Kandidaten regeln.

Registrierung der Kandidaten: die Unterschriftenhürde

Die Wahlen zur Staatsduma werden erneut nach einem gemischten Wahlsystem durchgeführt. Daher ist ein Vergleich mit der vorherigen Gesetzeslage nicht einfach:Während die Nominierung und Registrierung der Kandidatenlisten der Parteien am besten mit der Rechtslage bei den letzten Dumawahlen 2011 zu vergleichen ist, müssen hinsichtlich der Nominierung und Registrierung der Kandidaten in den Direktwahlkreisenfür einen Vergleich die Vorschriften herangezogen werden, die bei den letzten Wahlen nach dem gemischten System, also 2003 galten. Dabei ist jedoch auch die Gesetzgebung und die Praxis bei den Regionalwahlen zu berücksichtigen, bei denen all diese Jahre das gemischte System angewendet wurde.

Für die Registrierung der Kandidatenlisten sind die Gesetzesänderungen der letzten fünf Jahre eher positiv gewesen. 2011 waren nur die vier Parlamentsparteien von der Unterschriftensammlung befreit. Die übrigen Parteien mussten die Unterschriften von 150.000 Wahlberechtigten sammeln. Das waren seinerzeit übrigens nur drei Parteien, und die haben diese Hürde überwunden. Letztlich haben alle sieben Parteien an den Wahlen teilgenommen.

Gegenwärtig sind 75 Parteien zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt. Von der Unterschriftensammlung befreit sind 14 Parteien, nämlich alle Parteien, die mit einer Kandidatenliste in wenigstens ein Regionalparlament eingezogen waren. Alle anderen Parteien haben nun 200.000 Unterschriften zu sammeln; das ist zwar mehr als bei den letzten Dumawahlen, aber noch kein grundlegender Unterschied (200.000 Unterstützerunterschriften. entsprechen weniger als 0,2 Prozent der Wahlberechtigten in der Russischen Föderation). Insgesamt habe ich keine Zweifel, dass die Konkurrenz der Kandidatenlisten durchaus hinreichend groß sein wird.

Anders stellt sich die Situation in den Direktwahlkreisen dar. Dort sind die Kandidaten der 14 erwähn-

ten Parteien zwar auch von einer Unterschriftensammlung befreit, doch fehlt den meisten eine ausreichende Zahl populärer Kandidaten. Zudem scheuen die meisten dieser Parteien davor zurück, in den Direktwahlkreisen echte Kandidaten aufzustellen, um den Kreml nicht zu reizen.

Doch selbst für einen populären Parteikandidaten ist es gewöhnlich schwer, gegen den Kandidaten von »Einiges Russland« anzutreten, der durchadministrative Ressourcen unterstützt wird. Für einen Sieg in einem Direktwahlkreis wird die Unterstützung, wenn nicht der Hälfte, so doch von 35–40 Prozent der Wähler benötigt. Und für eine solche Unterstützung ist die Zugehörigkeit eines Kandidaten zu einer Oppositionspartei kein Vorteil, sondern ein Nachteil. Die Erfahrung bei den Regionalwahlen zeigt, dass den Kandidaten der »Partei der Macht« am erfolgreichsten Kandidaten entgegentreten können, die sich selbständig nominiert haben, nämlich Mitglieder der regionalen Eliten, die aus diesem oder jenem Grund mit der Regionalregierung in Konflikt geraten sind. Diese werden bisweilen, so zeigt es die Praxis der Gouverneurswahlen, auch von einigen kleineren Parteien nominiert, die nicht von der Unterschriftensammlung befreit sind.

Für die selbstnominierten Kandidaten und Kandidaten der meisten Parteien sind also die Bedingungen für eine Registrierung bis zum Äußersten erschwert worden. Das wird insbesonderedurch einen Vergleich mit den Vorschriften im Jahr 2003 deutlich.

1. Damals konnte man sich nicht nur über eine Unterschriftensammlung registrieren, sondern auch gegen eine Bürgschaft.
2. Es waren damals Unterschriften von einem Prozent der im Wahlkreis Wahlberechtigten erforderlich, jetzt sind es 3 Prozent. Ein Direktwahlkreis umfasst im Schnitt rund 500.000 Wahlberechtigte, also müssen etwa 15.000 Unterschriften gesammelt werden.
3. Die Bedingungen für die Unterschriftensammlung wurden erschwert. Früher, als die Wahlen noch im Dezember stattfanden, wurden die Unterschriften im September und Oktober gesammelt. Jetzt fällt die Unterschriftensammlung auf die Monate Juni und Juli, also in eine Zeit, in der viele Wahlberechtigte im Urlaub oder auf der Datscha sind. Wegen der verschärften Gesetze zu öffentlichen Versammlungen ist auch die Unterschriftensammlung auf der Straße schwieriger geworden, die Sammlung an der Wohnungstür wird durch die vielen Schlösser an den Eingangstüren zu den Treppenhäusern erschwert.
4. Eine zusätzliche Bürde stellt die Vorschrift dar, dass die Angaben zu den Unterschriftensammlern und deren Unterschriften notariell beglaubigt werden müssen.
5. Die noch im Jahr 2003 zulässige Menge von 25 Prozent fehlerhafter Unterschriften ist bei den landesweiten Wahlen auf 5 Prozent reduziert worden.

In der Praxis ist es so, dass die Aussortierung fehlerhafter Unterschriften meist von Experten aus den Polizei- und Justizbehörden vorgenommen wird, und von denen wird keine wirkliche Begründung ihrer Entscheidung verlangt. Nicht selten werden Unterschriften aufgrund der Melderegister der Innenbehörden als fehlerhaft aussortiert, die selbst Fehler enthalten. Und für die Gerichte sind selbst Aussagen von Wahlberechtigten, dass sie tatsächlich ihre Unterschrift geleistet haben, kein überzeugendes Argument.

Die Erfahrung bei Regional- und Kommunalwahlen in der Russischen Föderation lässt den Schluss zu, dass das System der Registrierung der Kandidaten und Kandidatenlisten aufgrund von Unterstützerunterschriften auf eine Art vorangetrieben wurde, die dem deklarierten Zweck diametral zuwiderläuft.Es kann dazu dienen, unbedeutende Kandidaten zu registrieren, während ernstzunehmende Kandidaten »ausgesiebt« werden.

Bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten 2014 zum Beispiel wurden 67 Prozent der Kandidaten, die Unterschriften zu sammeln hatten, nicht registriert; 2015 waren es 73 Prozent. Unter denen, die den Registrierungsfilter nicht überwinden konnten, waren viele bekannte Politiker, Vertreter der Zivilgesellschaft sowie ehemalige oder aktuelle Abgeordnete. Die meisten der registrierten Kandidatenerzielten hingegen bei den Wahlen schwache Ergebnisse. Bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma 2014 erhielten 67 Prozent der Kandidaten, die aufgrund von Unterstützerunterschriften registriert worden waren, weniger Stimmen, als sie Unterschriften beigebracht hatten. Bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten 2015 erhielten 55 Prozent der aufgrund von Unterschriften registrierten Kandidatenlisten weniger Stimmen als zuvor Unterschriften angerechnet worden waren.

Im Gebiet Kostroma ergab sich ein paradoxes Bild : Je weniger Unterschriften für eine Partei von der Wahlkommission als fehlerhaft aussortiert wurden, desto schlechter war dann das Wahlergebnis für die Partei.

Weitere Hürden für eine Registrierung

Auch über die als fehlerhaft aussortierten Unterschriften hinaus gibt es Hindernisse für die Registrierung; diese betreffen auch die Parteien, die keine Unterschriften sammeln müssen. Zur Registrierung muss eine riesige Menge Unterlagen eingereicht werden, deren Umfang immer größer wird. So sind seit 2013 zusätzlich vorzulegen:

a. Angaben zu ausländischem Immobilienbesitz des Kandidaten, seiner Ehepartnerin oder ihres Ehepartners oder minderjähriger Nachkommen, sowie über ausländische Verbindlichkeiten mit Vermögenscharakter;
b. Angaben über die Ausgaben des Kandidaten, seiner Ehepartnerin oder ihres Ehepartners oder minderjähriger Nachkommen im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Grundstücks, eines anderen Immobilienobjektes, von Wertpapieren u.ä., die in den vergangenen drei Jahren getätigt wurden (falls die Kaufsumme das Gesamteinkommen von Kandidat und Ehepartner in den letzten drei Jahren vor dem Kauf übersteigt)und über die Herkunft der beim Kauf eingesetzten Geldmittel.

Eine Nichtvorlage dieser Unterlagen zieht eine Verweigerung der Registrierung nach sich. Darüber hinaus sieht die Praxis so aus, dass Unterlagen, die die Wahlkommission als falsch abgefasst erkennt, als nicht vorgelegte Unterlagen gelten und die Registrierung deshalb verweigert wird.

Bereits 2006 wurde den Parteien verboten, Mitglieder anderer Parteien auf der Kandidatenliste zu nominieren. In der Praxis entstehen jedoch Konflikte, wenn der Kandidat meint, er sei aus einer Partei ausgetreten, diese aber behauptet, der Austritt sei nicht formal vollzogen worden. Hier sind »doppelte Standards« feststellbar: Wegen solcher Konflikte ist mehrfach die Registrierung oppositioneller Kandidaten annulliert worden. 2015 allerdings stellte sich heraus, dass Sergej Jeroschtschenko, der Kandidat von »Einiges Russland«, formal nicht seinen Austritt aus der Partei »Rechte Sache« erklärt hatte. Diese Information hatte allerdings keine Folgen für Jeroschtschenko.

Beschränkungen des passiven Wahlrechts

In den letzten Jahren ist zudem eine Reihe von Beschränkungen des passiven Wahlrechts eingeführt worden. 2006 betrafen diese Beschränkungen jene, die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben oder auch nur einen Aufenthaltstitel in einem anderen Staat. Opfer dieser Regelungen wurden insbesondere Wladimir Bukowskij, ein bekannter sowjetischer Dissident, und Wladimir Kara-Mursad. J., eine der Führungsfiguren der Partei »Parnas«.

2012 verloren Bürger, die zu irgendeinem Zeitpunkt wegen einer schweren Straftat zu Freiheitsentzug verurteilt wurden, lebenslang ihr passives Wahlrecht. Allerdings befand das Verfassungsgericht einen lebenslangen Entzug des passiven Wahlrechts bald für unzulässig. In der neuen Fassung gilt der Entzug für 10 Jahre ab Tilgung oder Erlöschen der Vorstrafe. Zu denen, für die dieses Verbot gilt, gehören Michail Chodorkowskij und Alexej Nawalnyj. Dabei wird nach dem russischen Strafrecht eine Straftat allein aufgrund der dafür im Strafgesetzbuch vorgesehenen Höchststrafe als schwer eingestuft. Dadurch gilt Alexej Nawalnyj als wegen einer schweren Straftat zu Freiheitsentzug verurteilt, obwohl die Schwere seiner Tat offiziell nur zu einer Bewährungsstrafe reichte. Wie rechtmäßig das Urteil gegen ihn ist, hat bereits das Straßburger Gericht festgestellt.

Ungleicher Wahlkampf

Für den Wahlkampf enthält das russische Wahlrecht viele Bestimmungen, die gewährleisten sollen, dass die Beteiligten ihre Programme an den Wähler bringen können. Hierzu gehört kostenlose Sendezeit und kostenlose Zeitungsspalten für Wahlwerbung, Bereitstellung von Orten zur Platzierung von Wahlkampfmaterialien und die Vorgabe, dass bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten in staatlichem oder kommunalen Besitz für Wahlkampfveranstaltungen gleiche Bedingungen herrschen sollen. Der Umstand allerdings, dass viele Vorschriften unausgereift sind und eine Reihe von Lücken bestehen, ermöglicht es der Exekutive (mit Hilfe gehorsamer Wahlkommissionen), für die »Partei der Macht« und deren Favoriten beträchtliche Vorteile zu schaffen.

So reichen zum Beispiel die Sendezeit, die Zeitungsspalten und die Orte für Wahlwerbung gewöhnlich nicht aus, wenn es viele Wahlbeteiligte gibt, und besonders, wenn Wahlen mehrerer Ebenen zusammenfallen. Außerdem wird die kostenlose Sendezeit längst nicht immer zur *Prime-Time* bereitgestellt. Angemerkt sei auch, dass es im Fernsehwahlkampf (bei kostenloser wie bei gekaufter Sendezeit) verboten ist, einen Opponenten zu kritisieren.

Gleichzeitig dominiert in den Medien die indirekte Wahlwerbung für die »Partei der Macht«, für gewöhnlich in Form einer Berichterstattung über die Tätigkeit von Kandidaten, die Ämter bekleiden oder Abgeordnete sind. Die Wahlkommissionen, die von der Exekutive abhängig sind, betrachten eine solche Wahlwerbung nicht als Gesetzesverstoß. Im Gegenteil: Versuche einer ähnlichen Werbung durch die Opposition werden gewöhnlich unterbunden. Hierdurch werden in erheblichem Maße ungleiche Bedingungen für den Wahlkampf geschaffen.

Verstärkt wird dies durch die Methode, »Zugpferde« einzusetzen, wenn nämlich auf die Liste von »Einiges Russland« in großer Zahl Gouverneure, Bürgermeister und Minister gesetzt werden, die von Anfang an keine Abgeordneten werden wollen und nach den Wahlen das Mandat ablehnen. Ihre Präsenz auf der Kandidatenliste ermöglicht aber Wahlwerbung in Form einer Berichterstattung über ihre Tätigkeit. Bereits im Jahr 2005 sind alle Hindernisse für den Einsatz dieser Methode

aus dem Gesetz gestrichen worden, unter anderem die Auflage, dass die betreffenden Personen einen »Urlaub für den Wahlkampf« zu nehmen haben.

Darüber hinaus enthält die Gesetzgebung eine Reihe von Bestimmungen, die es den Wahlkommissionen und den Polizei- und Justizbehörden ermöglichen, den Wahlkampf der Opposition zu behindern. So nimmt die Polizei oder der FSB auf Hinweis der Wahlkommissionen oder sogar ohne derlei Hinweise des Öfteren bei Parteien oder Kandidaten Wahlkampfmaterialien in Beschlag – wegen Überprüfung auf extremistische Inhalte oder anderer Vorwände. Als Extremismus kann dabei bereits eine Kritik an der Regierung eingestuft werden. Besondere Erwähnung verdient das repressive Versammlungsrecht, dass öffentliche Wahlkampfveranstaltungen der Opposition erheblich erschwert.

Somit erfüllen Wahlen in Russland, selbst wenn sie als frei und nicht gefälscht bewertet werden sollten, gewöhnlich nicht die Kriterien fairer Wahlen.

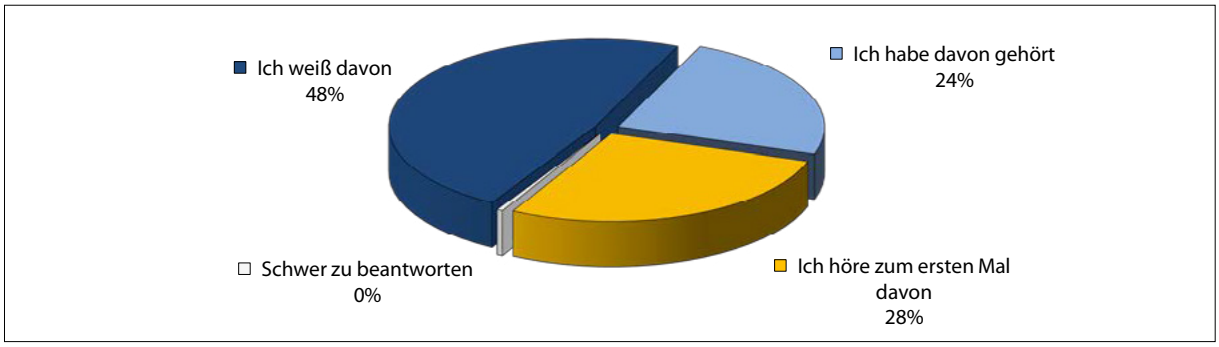
Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor:
Arkadij Ljubarew ist Doktor der Rechtswissenschaften und Mitglied des Rates der Bewegung für Wählerrechte »Golos«.

UMFRAGE

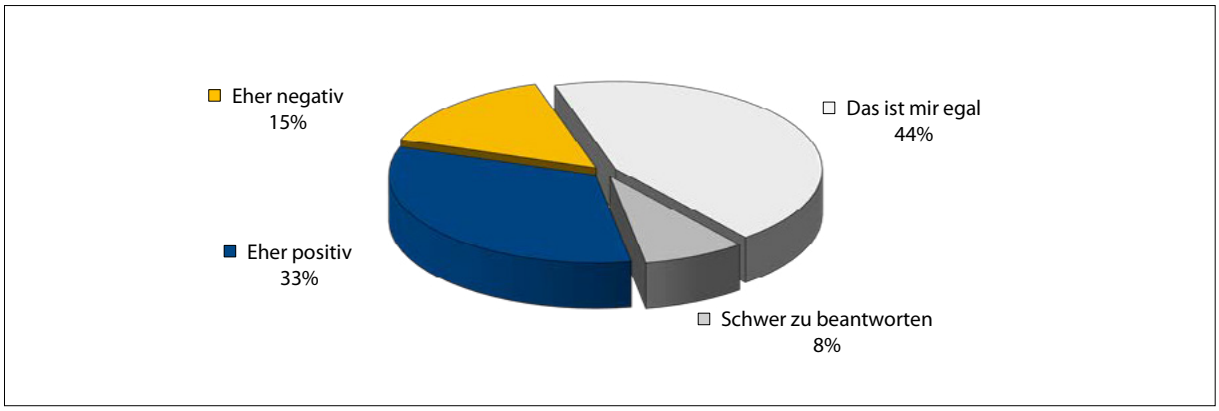
Die Dumawahlen in Umfragen

Grafik 1: Wissen Sie oder haben Sie davon gehört, dass im September die Wahlen zur Staatsduma stattfinden oder hören Sie zum ersten Mal davon?



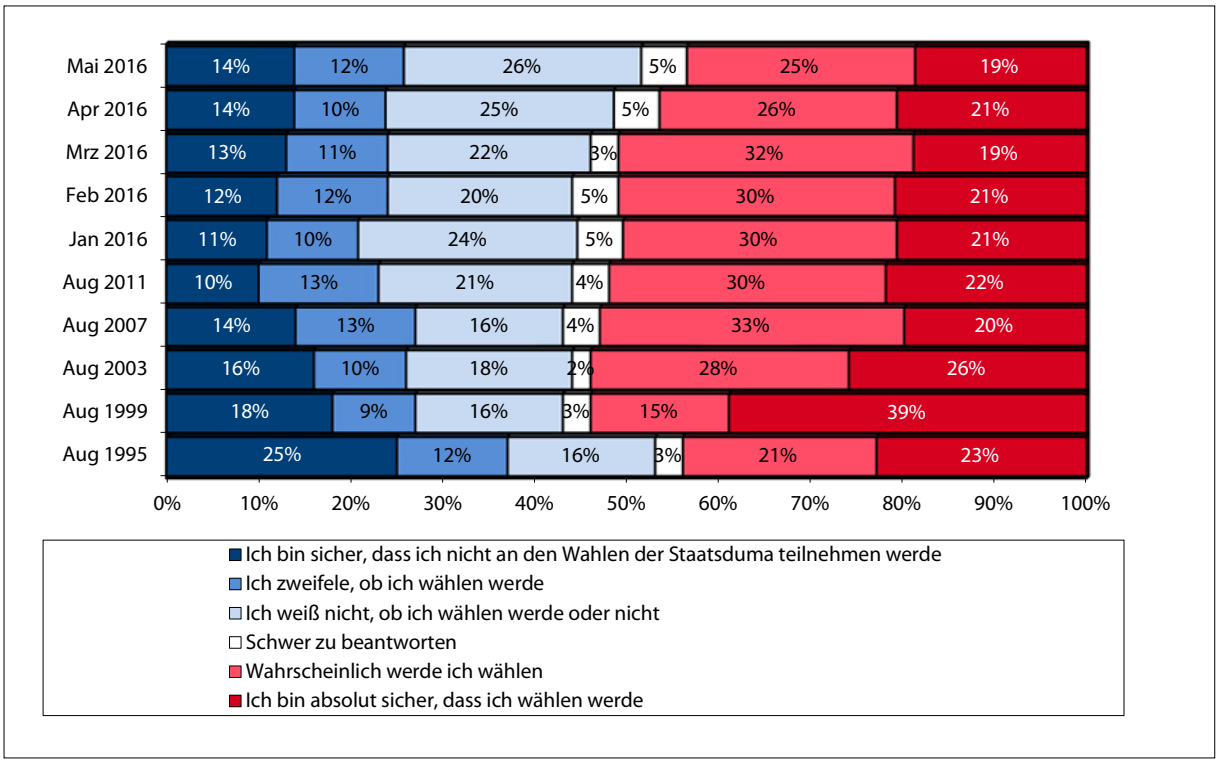
Quelle: Umfragen des FOM vom 14.–15. Mai 2016, <http://fom.ru/Politika/12666>, *23. Mai 2016*

Grafik 2: Wie stehen Sie zu der Idee Vorwahlen durchzuführen?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 14.-15. Mai 2016, <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115692>, *23. Mai 2016*

Grafik 3: Welche der folgenden Aussagen spiegelt Ihre Wahlabsicht für die anstehenden Dumawahlen am ehesten wider?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 27.–30. Mai 2016, <http://www.levada.ru/2016/06/06/elektoralnye-rejtingi-partij/>, *6. Juni 2016*

Tabelle 1: Wenn nächsten Sonntag Dumawahlen wären, würden Sie wählen und wenn ja, für welche Partei würden Sie stimmen?

	Januar 2016	Februar 2016	März 2016	April 2016	Mai 2016
Einiges Russland (D. Medvedev)	39 %	40 %	40 %	42 %	35 %
KPFR (G. Sjuganow)	10 %	10 %	13 %	10 %	14 %
LDPR (W. Shirinowskij)	5 %	6 %	6 %	7 %	9 %
Gerechtes Russland (S. Mironow)	3 %	3 %	3 %	3 %	2 %
Fortschrittspartei (A. Nawalnyj)	1 %	1 %	1 %	<1 %	1 %
Kommunisten Russlands (M. Surajkin)	-	-	<1 %	1 %	1 %
Bürgerkraft (O. Sidorow)	-	-	-	-	1 %
Patrioten Russlands (G. Semigin)	<1 %	<1 %	<1 %	<1 %	<1 %
Bürgerplattform (R. Schajchutdinow)	1 %	<1 %	1 %	1 %	<1 %
Heimat (A. Shurawljow)	<1 %	1 %	1 %	1 %	<1 %
Jabloko (E. Slabunowa)	<1 %	<1 %	<1 %	<1 %	<1 %
Grüne Allianz – Volkspartei (A. Sakondyrin)	<1 %	<1 %	<1 %	1 %	-
Parnas (M. Kasjanow)	<1 %	<1 %	<1 %	<1 %	<1 %
Partei des Wachstums (B. Titow)	-	-	<1 %	<1 %	<1 %

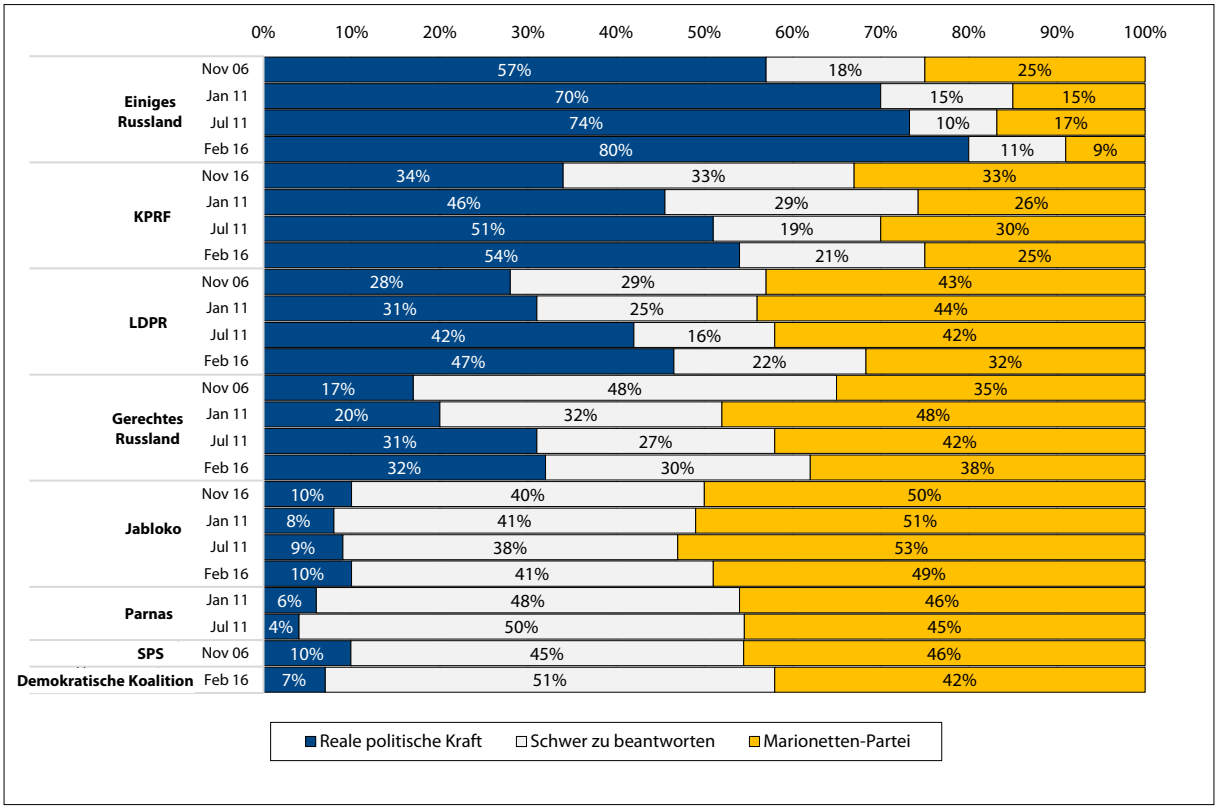
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Wenn nächsten Sonntag Dumawahlen wären, würden Sie wählen und wenn ja, für welche Partei würden Sie stimmen? (Fortsetzung)

	Januar 2016	Februar 2016	März 2016	April 2016	Mai 2016
Russische Partei der Rentner für Gerechtigkeit (E. Artjuch)	-	-	-	-	<1 %
Russische Ökologische Partei »Die Grünen« (A. Panfilow)	-	-	-	-	<1 %
Andere	1 %	<1 %	<1 %	<1 %	<1 %
Würde den Wahlzettel ungültig mach oder beseitigen	-	1 %	1 %	2 %	1 %
Würde nicht teilnehmen	19 %	-	-	-	-
Weiß nicht, für welche Partei ich stimmen sollte	-	10 %	11 %	8 %	11 %
Ich würde nicht abstimmen	-	16 %	12 %	10 %	12 %
Ich weiß nicht, ob ich abstimmen würde oder nicht	-	11 %	10 %	12 %	12 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 27.–30. Mai 2016, <http://www.levada.ru/2016/06/06/elektoralnye-rejtingi-partij/>, *6. Juni 2016*

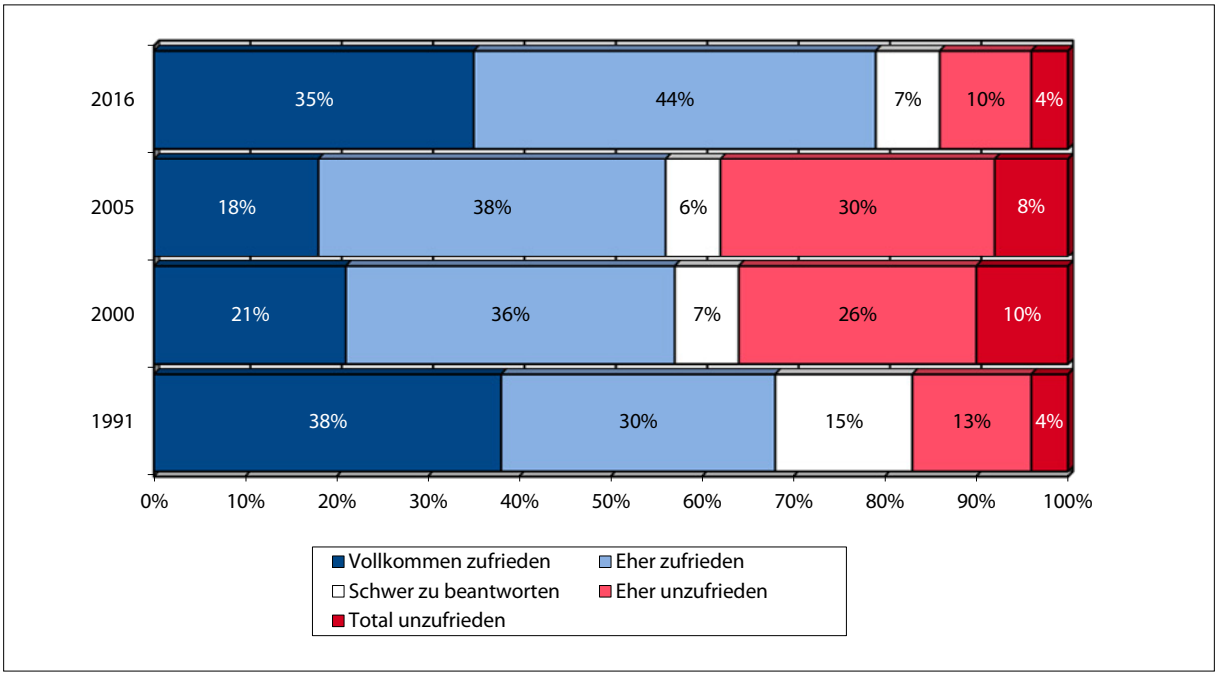
Grafik 4: Welche Partei stellt Ihrer Meinung nach eine reale politische Kraft dar und welche Partei stellt eine Marionetten-Partei dar, die aus dem Kreml heraus gelenkt wird?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. März 2016, vom 12.-15. Februar 2016 und vom 27.–30 Mai 2016, <http://www.levada.ru/2016/06/24/obraz-partij/>, *27. Juni 2016*

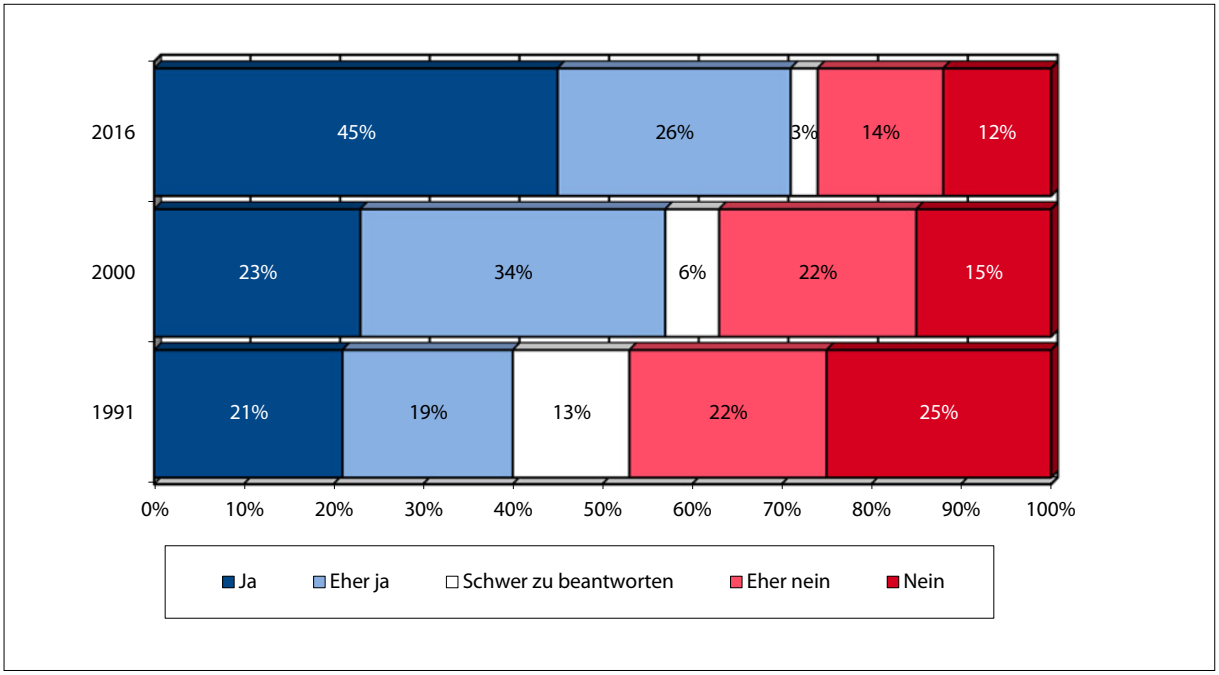
Wahlklima – Einschätzung der sozialen und gesellschaftlichen Situation

Grafik 5: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit Ihrer Position in der Gesellschaft?



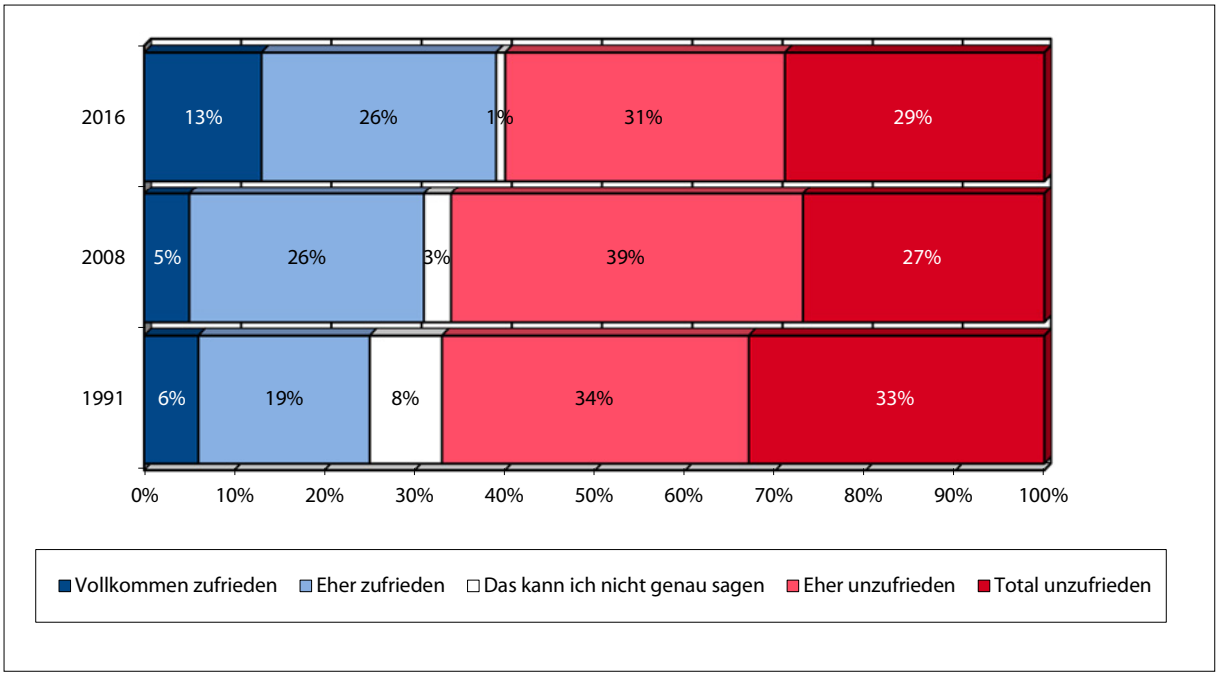
Quelle: Umfragen des WZIOM, <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115713>, *2. Juni 2016*

Grafik 6: Fühlen Sie sich in unserer Gesellschaft frei?



Quelle: Umfragen des WZIOM, <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115713>, *2. Juni 2016*

Grafik 7: Inwiefern sind Sie mit Ihren Einkünften zufrieden?



Quelle: Umfragen des WZIOM, <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115713>, 2. Juni 2016

NOTIZEN AUS MOSKAU

Dumawahlen 2016

Jens Siegert, Moskau

Eigentlich hatte ich gar nicht vor, über die Dumawahlen im September zu schreiben. Denn erstens ist das russische Parlament nicht wirklich wichtig. Es ist nicht viel mehr als eine Bühne, auf der die Abgeordneten Stücke nach dem Drehbuch der Präsidentenadministration zur Aufführung bringen. Alle (wichtigen) Gesetze werden dort ausgedacht und vorbereitet. Initiativen aus der Duma selbst haben nur selten eine Chance, tatsächlich Gesetz zu werden. So oder so müssen sie zuvor im Kreml gut geheißen werden.

Zweitens sind Wahlen in Russland schon lange keine Ereignisse mit ungewissem Ausgang mehr. Der Kreml stellt ohnehin sicher, dass seine Partei, »Einiges Russland«, eine komfortable Mehrheit in der Duma bekommt. Das ist ein wenig so wie mit dem englischen Spruch über die deutsche Fußballnationalmannschaft, die, wie immer auch das Turnier laufe, am Ende immer gewinne. Ins russische Parlament wird der Kreml noch zwei oder vielleicht auch alle drei der schon jetzt dort vertretenen Parteien lassen. Sie alle unterstützen Putins politischen Kurs, haben siegestrunken für den Anschluss der Krim an Russland gestimmt und sind überhaupt froh, ein warmes Plätzchen im Parlament zu haben. Vielleicht sehen die Regisseure ein wenig Spannung vor, bevor klar wird, dass es die liberale Partei »Jabloko« erneut nicht über die Fünfprozenthürde schafft. Dahinter dürfen ein paar Parteien wie die schon etwas ältere nationalistische »Rodina« oder eine neue, angeblich liberale Partei mit dem programmatischen Namen »Wachstum« (russisch: »rost«) auf ein oder maximal zwei Direktmandate hoffen.

Drittens, und das ist der kürzeste der drei Eingangsabsätze dieser Notizen, sind Wahlen kaum noch für die Legitimierung der Putinschen Herrschaft notwendig. Als siegreicher Kriegsherr braucht Putin Akklamation, keine Konkurrenz.

Das war vor vier Jahren noch anders. Damals, im Winter 2011/2012, lösten die massiven Wahlfälschungen bei den Dumawahlen bis dahin in Putins Russland unbekannte Massenproteste aus, die sich zudem schnell gegen Putin selbst und seine Rückkehr in den Kreml wandten. Selbst nachdem Putin im März 2012 die Präsidentenwahlen gewonnen hatte, waren die Proteste nicht vorbei. Erst mit der folgenden national-konservativen Wende, direkten Repressionen gegen Demonstranten (vor allem die sogenannten Bolotnja-Prozesse) und bis heute mehr als 35 neuen repressiven Gesetzen konnte der Protestgeist wieder zurück in die Flasche gedrängt werden. Den Pfropfen auf die Flasche aber bildete die Annexion der Krim mit dem nur halb verdeckten Krieg gegen die Ukraine. Seither ist Putin Kriegsherr und seine Legitimation hängt in den Augen einer großen Bevölkerungsmehrheit nicht an so etwas Profanem wie Wahlen oder wirtschaftlichem Erfolg, sondern an seinem »Verdienst«, Russland (gegen den Westen!) wieder zur Großmacht gemacht zu haben.

Warum also sollte man sich mit Wahlen beschäftigen, die nicht wirklich Wahlen und zudem Wahlen zu einem Parlament sind, das nichts zu sagen hat? Die Antwort ist einfach: Weil das oben gezeichnete Bild zwar stimmt, aber eben ein Bild ist, eine statische Abbildung einer ganz bestimmten Situation. Es ist schon im gleichen Moment nicht mehr wahr, in dem es fertig ist. Das Leben ist viel dynamischer. Denn der Ruhm des Kriegsherrn und Siegers im Ringen mit dem Westen beginnt schon wieder zu verblassen. Das liegt vor allem daran, weshalb das Ganze überhaupt angefangen hat: an der sich nun schon viele Jahre hinziehenden, tiefgreifenden Wirtschaftskrise. Zwar erklärten erst vor wenigen Wochen (nicht zum ersten Mal) beim Wirtschaftsforum in St. Petersburg Vertreter der russischen Regierung vielstimmig, die Talsohle sei durchschritten und spätestens zum Jahresende sei die Rezession vorbei. Doch schon die nur wenig später veröffentlichten aktuellen Wirtschaftsstatistiken für den Mai dieses Jahres straften sie Lügen. Die leichte Erholung vom Jahresanfang, auf die sie sich bezogen, war ein Strohfeuer und ist bereits wieder vorbei.

Dass es ohne grundsätzliche Änderungen so schnell (wenn überhaupt) nicht wieder aufwärts gehen werde, sagen praktisch alle wichtigen russischen Wirtschaftsexperten (von denen nicht wenige in staatlichen Beratungsgremien sitzen) seit langem. Denn die Krise hat mehrere Gründe: die strukturelle Abhängigkeit von Rohstoffexporten, der tief gefallenen Preise vor allem für Öl, aber auch viele andere Rohstoffe, und ein wenig auch die westlichen Sanktionen. Welcher dieser Gründe auch immer die Hauptrolle spielt, einig sind sich (fast) alle Experten, dass der gegenwärtige Konfrontationskurs mit dem Westen und die (nach der Sowjetunion erneuten) Konzentration der Wirtschaft auf den militärisch-industriellen Komplex eine Lösung der Wirtschaftsprobleme erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht.

Zwar funktioniert die neu- oder besser: wiederentdeckte Legitimations-Ressource »kleiner, siegreicher Krieg« immer noch. Aber die Wirkung wird bereits schwächer. Den Erfolg mit der Annexion der Krim zu wiederholen, ist in der Ostukraine nicht gelungen. Das militärische Eingreifen in Syrien hat ein paar kleinere Etappensiege gezeitigt, aber letztlich ist Syrien zu weit weg von den Herzen der russischen Wähler, um lange und nachhaltig zu wärmen. Auch die Genugtuung, es den Amerikanern wieder einmal zu zeigen (wie in guten alten Sowjetzeiten), wird langsam schaler.

Als Folge ist der Kreml in eine Art Zwickmühle geraten. Um die Legitimation seiner Herrschaft im Inneren auf nötig hohen Niveau zu erhalten, bedürfte es entweder wirtschaftlicher Erfolge oder aber neuer Erfolge an der Kriegsfront. Die wirtschaftlichen Erfolge sind umso unwahrscheinlicher, je größer die Konfrontation mit dem Westen ist. Und die Konfrontation dürfte sich ohne wirtschaftliche Erholung nicht allzu lange durchhalten lassen, ohne Ärger im Inneren zu provozieren. In dieser Situation bekommen Wahlen, selbst wenn es Wahlen zu einem Parlament sind, dass zwar formal viel, tatsächlich aber wenig zu sagen hat, wieder weit mehr Bedeutung als viele (darunter auch ich) lange Zeit angenommen haben.

Damit komme ich unmittelbar zu den Wahlen und werde versuchen auf folgende Fragen einzugehen: Warum finden sie schon im September und nicht mehr, wie bisher, Anfang Dezember statt? Wer tritt an? Oder besser: Wer darf antreten? Mit welchen Chancen? Und: Welchen Einfluss, wenn überhaupt, wird das Ergebnis auf die Politik des Kremls haben?

Eine wirklich überzeugende Begründung für die Verschiebung des Wahltermins von Anfang Dezember auf Mitte September hat niemand gegeben. Auch daher dürften die Vermutungen von Oppositionellen nicht ganz abwegig sein, der neue Termin, direkt nach den in Russland traditionell langen Sommerferien solle ihnen möglichst wenig Zeit für den Wahlkampf lassen und die Wahlbeteiligung gering halten. Weniger Wähler an der Urne nützen erfahrungsgemäß eher dem Kreml und vielleicht noch den Kommunisten. Ihre Wähler sind im Schnitt älter, ärmer und ungebildeter. Und disziplinierter.

In diesem Jahr hat der Sommertermin noch einen weiteren Vorteil für den Kreml. Im Herbst steht die Verabschiedung des nächsten Haushalts durch die Duma an. Angesichts des großen Lochs auf der Einnahmenseite wegen der Wirtschaftskrise dürfte das ein Schreckenshaushalt werden, mit vielen und tiefen Einschnit-

ten auch und besonders im sozialen Bereich. Wären die Wahlen wie früher erst im Dezember, wären Auswirkungen des Volkszorns auf das Ergebnis kaum auszuschließen.

Der Sommer und eine auf etwa zweieinhalb Monate verkürzte erlaubte Wahlkampfzeit verringern auch das Aufkommen neuer Bewerber. Ohne Unterschriften sammeln zu müssen, dürfen allerdings auch so 14 Parteien antreten: die vier in der jetzigen Duma vertretenen (»Einiges Russland«, die »Kommunistische Partei«, die »LDPR« und »Gerechtes Russland«), dazu »Jabloko«, weil sie bei den vorigen Wahlen mehr als drei Prozent erhalten hatten, sowie neun Parteien, die in verschiedenen Regionalparlamenten sitzen. Allerdings werden an die Parteien mit ihren Listen anders als beim letzten Mal nur noch die Hälfte der Parlamentssitze vergeben. In der für den Kreml besonders guten (sprich: Direkt-nach-Krimannexions-)Zeit wurde, um die Legitimität des Parlaments in den Augen der Bevölkerung zu erhöhen, beschlossen, die Hälfte der Dumasitze wie vor 2007 wieder in Direktwahlkreisen vergeben.

Auf den ersten Blick scheint das für Einiges Russland weniger ein Problem als ein Vorteil zu sein. Da die Mandate an den Kandidaten oder (weit seltener) die Kandidatin mit den meisten Stimmen, also einer relativen Mehrheit, vergeben werden, hat eine Partei, die wohl wieder rund die Hälfte der Stimmen bekommen wird, einen großen Vorteil gegenüber allen anderen, weit kleineren Konkurrentinnen. 2003 holte sich Einiges Russland dank der Direktmandate eine Zweidrittelmehrheit.

Doch die Sache ist komplizierter und das liegt erneut an der Struktur der russischen Wirtschaft und ihrer Krise. Hier muss ich ein wenig ausholen. Die russische Wirtschaft ist eine Rentenökonomie. Der Großteil des Geldes wird nicht erarbeitet, sondern buchstäblich aus dem Boden gezogen. Wie gut es einzelnen Regionen also geht, liegt nicht an guter oder schlechter Politik, sondern (fast) ausschließlich daran, ob die Region über Bodenschätze verfügt oder über Kaufkraft, weil in ihr viele gut bezahlte Dienstleister leben, was vor allem für Moskau und St. Petersburg, sowie ein halbes Dutzend weiterer Großstädte gilt. Etwa die Hälfte seiner Einnahmen bezieht der Staatshaushalt aus zwei Steuern: der Rohstoffsteuer und der Mehrwertsteuer. Die Rohstoffsteuer stammt vorwiegend aus ziemlich menschenleeren Gebieten im hohen Norden und in Sibirien. Der größte Teil der Mehrwertsteuer kommt, siehe oben, aus Moskau, St. Petersburg und ein paar anderen größeren städtischen Zentren. Den größten Teil der anderen Hälfte der Staatseinnahmen bringt der Zoll zusammen. Sie bestehen vor allem aus Abgaben für den Export von Rohstoffen und dem Zoll auf den Import von Produktions- und Verbrauchsgütern.

Der Zentralstaat verteilt diese Einnahmen unter der großen Masse der armen Regionen. Für diese Verteilung gibt es aber keinerlei feste oder gar transparente Regeln. Sie geschieht nach politischen Erwägungen des Kremls, aufgrund mehr oder weniger zufälliger Verbindungen zwischen einzelnen Regionen und einzelnen Leute oder Gruppen im Moskauer Machtzentrum und aufgrund guter Lobbyarbeit in Moskau durch Vertreter der Regionen. Die Hauptaufgabe war bisher, die jeweilige Region ruhig zu halten. Dafür durften sich die regionalen Eliten ziemlich unverschämt bereichern. Im vorigen Jahr wurden zwei Gouverneure, aus Sachalin und der Republik Komi, samt einiger ihrer Mitarbeiter wegen Korruption verhaftet. Vorige Woche kam noch der Gouverneur der Region Kirow, Nikita Belych, hinzu. Schon diese Verhaftungen haben das bis dahin gut austarierte Loyalitätssystem Zentrum-Regionen ins Schwanken gebracht. Durch die Direktmandate wird es nun zusätzlich durcheinander gebracht.

Bisher spielte die regionale Bevölkerung in den Beziehungen Kreml – Gouverneure kaum eine Rolle. Sie musste nur ruhig gehalten werden und durfte nicht aufmucken. Dazu diente das aus Moskau bereit gestellte Geld. Nun soll aber diese Bevölkerung genau zu einer Zeit die (aus Kremlsicht) richtigen Kandidat wählen, in der es mit dem Geld immer schlechter wird.

Zurück zu den Wahlchancen. Allen Umfragen nach werden sich die Mehrheitsverhältnisse in der neuen Duma von der alten kaum unterscheiden. Mit den Direktmandaten kann Einiges Russland wohl wieder eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit zusammen bekommen. Das liegt auch daran, dass sich die Parlamentsparteien in vielen Wahlkreisen abgesprochen haben und ihre Kandidaten nicht gegeneinander antreten lassen. So versuchen sie, ihre bisherigen Prozentanteile an den Mandaten auch für die Direktwahlkreise festzuschreiben. Andere als die schon jetzt im Parlament vertretenen Parteien haben kaum Chancen, die Fünfprozenthürde zu überwinden. Jabloko und vielleicht noch Rodina haben wohl Chancen, mehr als drei Prozent zu erreichen. Das würde ihnen für die kommenden fünf Jahre die staatlichen Parteizuschüsse sichern, und das Recht, automatisch an den nächsten Wahlen teilnehmen zu dürfen.

Der einzige Unterschied in der Zusammensetzung der neuen zur alten Duma könnten ein paar nicht zu den bisherigen Parlamentsparteien gehörige, direkt gewählte Abgeordnete sein. Einige Beobachter gehen davon aus, dass der Kreml damit sein »Wohlwollen« mit einigen der wohl sicher an der Fünfprozenthürde scheiternden Parteien (darunter möglicherweise auch Jabloko) ausdrücken könnte und demonstrieren will, dass es sich doch tatsächlich um demokratische Wahlen handele.

Einen ersten Hinweis darauf dürfte die Registrierung von öffentlich bekannten Oppositionskandidaten wie Wladimir Ryschkow im Altaj liefern. Ryschkow war dort bis zur Abschaffung der Direktwahlkreise 2003 viermal hintereinander direkt gewählt worden und tritt nach seiner Trennung von der Parnas-Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Michail Kasjanow für Jabloko an. Direktwahlkandidaten müssen bis zum 22. Juli ihre Kandidatur gegenüber den Wahlkommissionen erklären und haben dann bis Anfang August Zeit, die jeweils notwendigen 15.000 Unterschriften zu sammeln. Allein das wird im Sommer für oppositionelle Kandidaten ohne berühmt-berüchtigte »administrative Ressourcen« keine einfache Aufgabe werden.

Doch wozu all dieser Aufwand, wenn die Duma ohnehin kaum etwas zu sagen hat? Für die Opposition wird es vor allem darum gehen, den Wahlkampf dazu zu nutzen, überhaupt wieder »sichtbar« zu werden. Das gilt auch für eine eventuelle Parlamentspräsenz nach den Wahlen. Selbst wenige Abgeordnete haben weit bessere Chancen, medial zu den Menschen durchzudringen als keine. Außerdem bietet eine Vertretung im Parlament im legalistischen Russland immer noch einen, wenn auch nur kleinen, zusätzlichen Schutz gegen allerlei Unbill von Seiten der Justiz, des Geheimdienstes und der Polizei. Und das nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für ihre Partei und ihre Unterstützer.

Ansonsten gilt wie im Fußball die Regel, »Nach der Wahl ist vor der Wahl«. Die Dumawahlen sind nur eine Etappe auf dem Weg zu den Präsidentenwahlen im Frühjahr 2018.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Brexit

Sergey Medvedev, Berlin / Moskau

Das überraschende Ergebnis des Referendums in Großbritannien ist auch in Russland ein zentrales Thema. Es gibt weder Panik noch Jubel über einen möglichen Austritt der Briten aus der EU, sondern eine nüchterne Debatte über die Zukunft der EU und deren Verhältnis zu Russland. Präsident Wladimir Putin reagiert zurückhaltend auf die Nachrichten aus dem Vereinigten Königreich, obgleich er den Journalisten am 24. Juni bei einer Pressekonferenz in der usbekischen Hauptstadt Taschkent versichert, der Kreml würde die Entwicklungen hinsichtlich eines möglichen EU-Austritts Großbritanniens mit Aufmerksamkeit verfolgen. Der Beauftragte des Präsidenten für Unternehmerrechte und Vorsitzende der»Wachstumspartei« Boris Titow äußert die Hoffnung, eine Erklärung Großbritanniens über seine Unabhängigkeit von Brüssel werde zur Loslösung Europas von der angelsächsischen Außenpolitik führen. Der Journalist des »Ersten Kanals« Wladimir Posner ist sich sicher, der EU-Austritt Großbritanniens sei der Anfang des Zerfalls Europas, was Asien, Amerika und Russland ausnutzen würden. Die Politikwissenschaftlerin Lilia Schewzowa bezeichnet den Brexit als »Revolte« gegen das Establishment, die Europa aber mit Sicherheit meistern würde. Der liberale Politiker Grigorij Jawlinskij sieht die EU als das erfolgreichste politische Projekt seit Jahrhunderten und weist darauf hin, dass die britischen EU-Gegner keine positive Agenda hätten, sondern nur die Vorstellung von einem Reich, in dem die Sonne nie untergeht.

Putin: Wir werden den EU-Austritt Großbritanniens aufmerksam verfolgen

»Das ist eine Entscheidung der Bürger Großbritanniens. Wir haben uns nicht eingemischt, mischen uns nicht ein und haben auch nicht vor, uns einzumischen. Allem Anschein nach folgt nun ein formales Prozedere bezüglich der Entscheidung der Briten zum EU-Austritt; wir werden es aufmerksam verfolgen. […]

Dem durchschnittlichen Bürgern Großbritanniens ist meines Erachtens klar, warum es dazu gekommen ist. Niemand möchte schwächere Wirtschaften durchfüttern und subventionieren, ganze Länder und Völker versorgen. Offenbar sind die Menschen auch mit der Lösung von Sicherheitsfragen nicht zufrieden, die sich vor dem Hintergrund gewaltiger Migrationsprozesse drastisch verschärft haben. Die Menschen wollen unabhängiger sein. […]

Was die Sanktionspolitik angeht, denke ich nicht, dass das [der Brexit] in dieser Hinsicht einen Einfluss auf unser Verhältnis zur EU haben wird. Nicht wir haben mit den Sanktionen angefangen, sondern wir reagieren immer nur auf

die destruktiven Schritte, die gegen unser Land gerichtet werden. […] Ich möchte noch einmal betonen: Wenn unsere Partner irgendwann dafür reif sind, mit uns einen konstruktiven Dialog über diese Fragen zu führen, sind auch wir dafür bereit; wir wollen das und werden auf Positives positiv reagieren.«
Wladimir Putin am 24. Juni bei einer Pressekonferenz in Taschkent; <https://russian.rt.com/article/309372-rossiya-ne-vmeshivalas-vladimir-putin-prokommentiroval-reshenie>.

Titow: Das ist keine Unabhängigkeit Großbritanniens von Europa, sondern die Unabhängigkeit Europas von den USA

»Es scheint, es ist passiert – UK out!!! Meiner Meinung nach ist die wichtigste langfristige Folge von all dem die Loslösung Europas von den Angelsachsen, also von den USA. Das bedeutet keine Unabhängigkeit Großbritanniens von Europa, sondern die Unabhängigkeit Europas von den USA. Und dann ist es auch bis zu einem vereinten Eurasien nicht mehr weit – rund 10 Jahre.«
Boris Titow am 24. Juni auf Facebook; <https://www.facebook.com/boris.titov.92/posts/1073530176046119>.

Posner: Der Brexit wird zum Zerfall der EU führen

»[…] Ich denke, dass der Austritt Großbritanniens zu Folgendem führen wird:

1. Zum Zerfall der EU. Das ist eigentlich schade, weil die Idee der EU, die den brillanten Köpfen Nachkriegseuropas gehörte, zweifellos großartig und fortschrittlich war. Leider sind in der Folgezeit kleine politische Akteure und keine Staatsmänner an die Macht gekommen. Die EU ist aus einer Gemeinschaft Gleichgestellter zu einem Klub geworden, in den man ausschließlich aus politischen Gründen hineinkam. Deshalb erfolgte der Beitritt von Ländern wie Polen, Tschechien, Slowakei, Portugal, Slowenien, Bulgarien, Griechenland, Lettland, Litauen, Estland und so weiter.

Ich erlaube mir einen Vergleich. Die NHL (höchste Eishockey-Liga) bestand einst aus acht Mannschaften. Dementsprechend spielten dort Super-Spieler, jede Mannschaft war brillant. In der Liga durfte nur die Crème de la Crème spielen. Im weiteren Verlauf ist die Zahl der Mannschaften aus kommerziellen Gründen auf ein Vielfaches erhöht worden. Aber so eine große Zahl von Superspielern zusammen zu bekommen war nicht möglich und das Spiel wurde langweiliger.

Die EU bestand zunächst aus »brillanten Spielern«. Doch aus zutiefst politischen Ambitionen und Gründen wurde diese »Liga« erweitert. Nun gibt es dort sehr viel Mittelmaß, dem es nur um die eigenen Interessen geht. Einer der Superspieler (Großbritannien) hatte das satt und hat gesagt: »Leute, mir reicht's, ich spiele nicht mehr mit.« Andere werden folgen.

2. Für Europa ist das schlecht. Es hat die Chance verloren, als geschlossenes Ganzes zu agieren; der Traum von den »Vereinigten Staaten Europas« ist beerdigt. Das werden Asien und Amerika mit Sicherheit ausnutzen. Russland wird es mit Sicherheit ausnutzen.

3. Es ist schlecht für Großbritannien. Es wird ohne Zweifel Schottland verlieren, das schon einmal kurz vor dem Austritt stand und nun, wo ganz Schottland für den Verbleib in der EU war, ist sein Austritt aus Großbritannien garantiert. […]«
Wladimir Posner am 24. Juni bei »pozner-online.ru«*;* <http://pozneronline.ru/2016/06/16049/>.

Schewzowa: Revolte

»[…] Der Kampf zwischen »Austreten« und »Bleiben« ist zum wichtigsten Ereignis nicht nur der modernen Geschichte Großbritanniens, sondern auch des Westens allgemein geworden. Es geht nicht um Wirtschaft oder um Migration, die bei der Konfrontation der Euroskeptiker und der EU-Befürworter in den Vordergrund gerückt wurden. Die phlegmatischen Briten, die zum letzten Mal 1688 eine Revolution veranstaltet haben, revoltieren jetzt gegen das Establishment – gegen das eigene und das aus Brüssel. Dieser Aufruhr spiegelt die Krise der westlichen Ordnung wider, die nach dem Abgang ihrer Alternative – des Weltkommunismus – entstanden war. Die Welle des rechts-linken Populismus auf dem europäischen Kontinent und in den USA ist ein weiterer Ausdruck dieser Systemkrise. Die liberale Gemeinschaft sieht sich vor die Wahl gestellt: entweder sucht sie nach neuen Formen der Globalisierung und eines Ausbaus der Freiheiten und der Offenheit, oder sie kehrt zu traditionellen Formen der Politik zurück – zur Stärkung der Souveränität, des Protektionismus, der starken Rolle des Staates und zum Misstrauen gegenüber dem Fremden. […]

Ja, es beginnt eine neue Geschichte des europäischen Integrationsprojekts. Im Laufe der nächsten zwei Jahren werden London und Brüssel 80.000 Seiten Verträge revidieren, die sie abgeschlossen haben. Eine der wichtigsten Fragen, die sie sie zu lösen haben, ist die, ob die City of London das führende Finanzzentrum Europas bleiben soll.

Das britische Erdbeben ist aber nur der Anfang. In Deutschland, Frankreich, Niederlanden, Spanien stehen bald Wahlen und Referenden bevor. Der Austritt Großbritanniens ist zum Adrenalin für die dortigen Euroskeptiker und Populisten geworden, die durchaus die Frage über ihre Abtrennung von Brüssel stellen könnten.

[…]

Ja, der BREXIT ist ein Erdbeben für den Westen. Dieses Beben hatte der Westen aber dringend nötig! Es hat ihn geweckt und die fett gewordenen Eliten gezwungen zu denken und Angst zu haben! Es hat sie dazu gezwungen nachzudenken und Wege zu suchen, wie das Vertrauen der Gesellschaft zurückgewonnen werden kann.

Europa wird zum Kartenhaus? Unsinn! Das wird es nicht. Europa wird nach einem neuen Bindegewebe suchen – langsam, gezielt und hartnäckig. Obwohl die Europäer viel Rost werden abkratzen müssen; nicht nur ihre politischen Regulatoren müssen ausgetauscht werden, sondern auch die Gefäße ihrer Konstruktion gereinigt werden.

Was bedeutet dieses Beben aber nun für Russland? Von unserer Peripherie aus sehen wir, wie sich die machtvollste Zivilisation der Welt auf die Suche nach neuen Formen der Existenz begeben hat. Und diese Zivilisation setzt trotz ihres Fiebers weiterhin die Regeln – die Spielregeln und die für den Fortschritt. Deswegen ist es für Russland so wichtig, in welche Richtung der Westen gehen wird.

Es gibt die Illusion, dass das Durcheinander in Europa die Chancen Russlands erhöht, im Trüben zu fischen. Na ja: das ist immer ein Geschäft für die Schwachen. Und es kann Dividenden bringen. Umso mehr, da der europäische Populismus bei seinem Spiel Russland so sehr benutzen will. Aber diese Dividenden könnten für uns nur vorübergehender Art sein. Die Unterstützung des rechts-linken Populismus, der Protektionismus und das Misstrauen gegenüber der Außenwelt predigt, wird für Russland kaum eine günstige Umgebung schaffen.

Westliche Populisten werden uns gegenüber genauso misstrauisch sein, wie gegenüber anderen fremden. Die Unberechenbarkeit und die Konvulsionen des Westens werden Russland nicht die Möglichkeit geben, seine unberechenbare Politik fortzuführen, die auf dem Glauben an die Festigkeit der westlichen Spielregeln beruht!«

Lilia Schewzowa am 24. Juni bei »Echo Moskwy«; <http://echo.msk.ru/blog/shevtsova/1789790-echo/>.

Jawlinskij: Die EU ist das erfolgreichste politische Projekt seit Jahrhunderten

»Die Europäische Union, bei all ihren Problemen und Nachteilen, ist das erfolgreichste politische, soziale und wirtschaftliche sowie humanitäre Projekt, das es in den letzten Jahrhunderten in der Welt gegeben hat. Es ist die Errungenschaft einer Zivilisation, deren Wesenskern in der Verhinderung von Kriegen auf einem Kontinent besteht, auf dem zwei der blutigsten Schlachten der Welt ihren Ausgang nahmen. Es geht nicht um ein bürokratisches Gebilde mit dem Zentrum Brüssel, sondern um ihr Wesen. Die Errichtung und Fortentwicklung der EU ist eine neue Qualität von Politik, die auf Achtung und Vertrauen gegenüber den Menschen basiert; wie ein Leuchtturm, der allen die Richtung der Entwicklung weist.

Was die EU-Gegner anbieten, ist keine Rückkehr zu irgendeiner »goldenen Vergangenheit«. Was kann man zurückholen? Das Viktorianische England mit Sherlock Holmes? Ein Reich, in dem die Sonne nie untergeht?

Solch eine Entscheidung ist immer eine über die Zukunft. Doch die Befürworter eines Austritts aus der EU schlagen einen Weg vor, bei dem unter einem der schwankende Boden der Ablehnung liegt und vor einem nur Nebel. Abgesehen davon haben die Briten im Wesentlichen dafür gestimmt, sich von einer der stärksten Wirtschaftsmächte der Welt zu trennen. Das Pfund reagierte rasch.

Das Ergebnis des Brexit-Referendums ist die Bestätigung, dass die europäisch orientierte politische Zivilisation auf ernsthafte Probleme stößt, die auf mangelnde Visionen und Perspektiven zurückzuführen sind. Das moderne politische Establishment hat keine Zukunftsvision, die für Millionen von Bürgern hinreichend überzeugend wirkte. Die stets vorhandenen Chaosfaktoren beginnen zu wirken: Eine Vereinfachung und Vergröberung der Politik, eine Zunahme von Gewalt, ein wachsender Einfluss von Nationalisten und Rechten, EXIT, Abschottungsversuche, und in Amerika – Trump…

Die Vernunft obsiegt nicht immer in der modernen Welt. Einfache Lösungen– verlassen, zerreißen, zerschlagen– scheinen attraktiv zu sein. Hinzu kommt, dass diejenigen, die »dagegen« gestimmt haben, von dem Wunsch angetrieben wurden, ihre Unzufriedenheit mit allen möglichen Dingen zu zeigen. All das in der Summe hat das Ergebnis bestimmt.

[…]

Was steht nun Russland bevor? Werden wir uns an der Suche nach einem gemeinsamen Weg beteiligen? Denn das ist eine Frage vor allem unserer Zukunft. Oder bewegen wir uns weiter in Richtung des heutigen antieuropäischen politischen Kurses, auf einem Weg, den es nicht gibt. Treten Leere, Verneinung, aggressives Misstrauen an jene Stelle, wo der lebhafte, moderne, russische Geist sein sollte?«

*Grigorij Jawlinskij am 24. Juni bei »*yavlinsky.ru*«;*<http://www.yavlinsky.ru/news/mir/brexit>.

Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)

KOMMENTAR

Hybride Hooligans?

Steffen Halling, Berlin

Die Gewaltexzesse russischer Hooligans, die sich im Zuge des Gruppenspiels Russland – England bei der Fußballeuropameisterschaft im französischen Marseille zugetragen haben, sollten für Beobachter der europäischen Ultra- und Hooliganszene eigentlich wenig Außergewöhnliches dargestellt haben. Das Auftreten der russischen Hooligans, die als »gut organisiert« und »kampfsporterfahren« beschrieben wurden, hat jedoch stellenweise zu Spekulationen darüber geführt, inwieweit die Ausschreitungen der russischen Hooligans vom Kreml orchestriert wurden. Allerdings stellen sowohl ein hoher Organisationsgrad als auch Erfahrungen in diversen Kampfsportarten, die vor allem im Bereich der »Mixed Martial Arts« auch professionell betrieben werden, Aspekte dar, die in der heutigen Hooliganszene in ganz Europa vorgefunden werden. Mit betrunkenen Schlägern, wie man sie vor allem aus den 80er und 90er Jahren kennt, haben Hooligans heute wenig zu tun. Im Gegenteil: Vor allem in Osteuropa haben die sogenannte »Straight Edge-Bewegung« und damit auch der Verzicht auf Alkohol und Drogen zuletzt stark an Popularität gewonnen. Dort unterscheiden sich Hooligans und Ultras, die beide der sogenannten »Okolofutbol«-Szene zugerechnet werden, im Übrigen in der Regel kaum voneinander, während in Deutschland erstere als eindeutig »gewaltsuchend« und letztere als »friedlich« bis »gewaltbereit« charakterisiert werden. Auch die »Säuberung« des englischen Fanblocks (in der russischen Szene wird das, was sich am Ende des Spiels im Stadion von Marseille zugetragen hat, tatsächlich als »satschistka« beschrieben) war letztlich vor allem eine Jagd nach »Trophäen«. Auch das ist weder neu noch ungewöhnlich. Dass Banner, Flaggen und andere Fanutensilien während, vor oder nach Fußballspielen den Anhängern des Gegners entrissen werden, ist gang und gäbe. Diese »Jagdtrophäen« dienen der späteren Zurschaustellung von Dominanz. Im konkreten Fall scheinen sie teilweise auch als Tauschmittel zu dienen – so war im Internet kurz nach den Ereignissen zum Beispiel das Angebot zu finden, zehn gestohlene englische Flaggen gegen einen verloren gegangenen russischen Pass einzutauschen. Ein »ungeschriebenes Gesetz«, wonach gewöhnliche Fans des Gegners nicht attackiert werden, ist hierbei auch eher als ein Mythos zu bewerten. Dies zeigte sich unter anderem auch bei den gewaltsamen Attacken, die eine Gruppe deutscher Hooligans auf herkömmliche ukrainische Fans in Lille verübte.

An den Ereignissen in Marseille wird man ferner auch deshalb nichts Außergewöhnliches feststellen können, weil einige der identifizierten russischen Hooligan-Gruppierungen, darunter solche mit Namen wie »Music Hall«, »Sturdy Fighters«, »Orel Butchers« [»Schlachter von Orjol«], »Funny Friends« und »Aliens«, bereits im Vorfeld der Europameisterschaft ihre »Tour de France« sowie insbesondere ihre Vorfreude auf das Zusammentreffen mit ihren englischen Kontrahenten kundgetan hatten. Dass insbesondere Europameisterschaften eine Bühne für Straßenschlachten von Hooligans darstellen, ist ebenfalls nicht neu. Erinnert sei hier nur an die Ausschreitungen in Wrocław und Warschau 2012. Damals war es zwischen russischen und polnischen Hooligans zu wüsten Schlägereien gekommen. Zwar konnten diese Auseinandersetzungen auch von den polnischen Behörden nicht verhindert werden, allerdings schien man bei der Europameisterschaft in Polen und der Ukraine vor vier Jahren insgesamt besser auf Hooligan-Gewalt vorbereitet gewesen zu sein. Dies kann daran liegen, dass die Hooligan-Problematik im Vorfeld der EM 2012 sehr präsent war, mit Blick auf die Ukraine teilweise sogar überbewertet wurde, während man in Frankreich nach den jüngsten Terroranschlägen offensichtlich andere Sicherheitsprioritären gesetzt hatte.

Auch wenn russische Hooligans immer wieder besonders negativ auffallen, eignet sich das Phänomen dennoch nicht, um daraus eine spezifische Gewaltkultur abzuleiten, die typisch für das Russland unter Putin sei. Sicherlich sind Aussagen einiger russischer Politiker, die die Ereignisse in Marseille billigten, darunter auch Putins spöttischer Kommentar über »zweihundert unserer Fans«, die »Tausende englische Fans« zusammengeschlagen hätten, charakteristisch für ein mit Chauvinismus durchtränktes politisches Klima in Russland. Es mag auch eine spezifische Gewaltkultur in Russland geben. Allerdings ist es ebenso eine Binsenweisheit, dass Hooligans kein originär russisches Phänomen sind. Die »Brigade Nassau« beispielsweise, eine Hooligan-Gruppierung aus Frankfurt am Main, wird bis heute in der Szene dafür gefeiert, dass sie sich vor einiger Zeit im »Massenkickboxen« mit »Music Hall« aus St. Petersburg gemessen habe. Welche Erklärungen es dafür gibt, dass die russische Hooliganszene größer ist als anderswo, stellt sicherlich eine lohnende Forschungsfrage dar. Nur scheint hier der ausschließliche Blick auf die russische Gegenwart eine unzulässige Reduzierung darzustellen. Einige der oben genannten Gruppen existieren teilweise bereits seit mehr als zwanzig Jahren. Auch in der Sowjetunion hat es spätestens seit dem Ende der 1970er Jahre bereits erste Fußballhooligans gegeben.

Ohne Zweifel: Hooligans sind als organisierte, gewaltsuchende Gruppen in Russland und anderswo politisch sowie ökonomisch instrumentalisierbar. So ist etwa bekannt, dass der serbische Milizenführer Razatanović (»Arkan«) während der Jugoslawienkriege aktiv Kämpfer aus dem Umfeld der Anhängerschaft von »Roter Stern Belgrad« rekrutierte. Auch weiß man aus der Ukraine, dass sich Teile der dortigen Szene Freiwilligenbataillonen angeschlossen haben, um im Donbass gegen Russlands Separatisten zu kämpfen. Von Parteipolitik halten sich organisierte Hooligans zwar in der Regel fern, allerdings können der für die Szene charakteristische stramme Nationalismus und Rechtsradikalismus ideologische Faktoren darstellen, die insbesondere im Falle gewaltsamer Konflikte eine Mobilisierung bewirken können. Dementsprechend ist es auch wenig überraschend, dass ein Teil der aktiven Szene aus Russland in den Krieg im Donbass gezogen sein soll. Gleichzeitig zeigt aber gerade Russlands Intervention in der Ukraine, dass die russische Ultra- und Hooliganszene trotz ihres dominierenden Nationalismus nicht monolithisch und schon gar nicht ausnahmslos auf Regierungslinie ist. So wurden zwar einerseits hin und wieder Flaggen der selbsternannten »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk in russischen Fanblocks registriert. Andererseits ist es aber auch zu Solidarisierungen mit der ukrainischen Szene gekommen, nachdem diese sich den Majdan-Protesten angeschlossen hatte. Generell sind Konflikte mit den Obrigkeiten für die Szene keine Ausnahme, sondern eher die Regel. Erinnert sei hier an die vielen Auseinandersetzungen zwischen russischen Hooligans und der Exekutive in den vergangenen Jahren. Die größten dieser Zusammenstöße fanden 2010 statt, nachdem rechtsradikale Anhänger des Moskauer Fußballklubs »Spartak« tagelang Jagd auf kaukasische und zentralasiatische Migranten in Moskau machten. Dabei kam es gleichzeitig immer wieder auch zu Vorwürfen gegen die Sicherheitskräfte, dass diese korrupt seien und nichts für die Aufklärung des vorherigen Todes eines »Spartak«-Fans unternommen hätten. Nicht nur in Russland findet die allgemeine Abneigung, die in der Szene gegenüber Teilen der staatlichen Exekutive besteht, in der allgegenwärtigen Verwendung der Abbreviation »A.C.A.B.« (»All Cops Are Bastards«) Ausdruck.

Die Rolle des Präsidenten der »Allrussischen Fanvereinigung«, Aleksandr Schprygin, der mit der offiziellen Delegation des Russischen Fußballverbandes nach Frankreich eingereist sein soll, ist in diesem Zusammenhang durchaus interessant. Schprygin ist nachweislich ein Rechtsradikaler, der zuletzt durch seine Forderung nach ausschließlich »slawischen« Gesichtern in der russischen Fußballnationalmannschaft aufgefallen war und der russischen Regierung eine falsche Migrationspolitik vorgeworfen hat. Bekannt unter dem Spitznamen »Kamantscha«, war er früher ein aktives Mitglied der Hooligan-Szene von »Dynamo Moskau«. Heute ist er zudem Assistent des Abgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der Duma Igor Lebedew (LDPR), des Sohns des Rechtspopulisten Wladimir Schironowskij. Während sich Lebedew nach den Ereignissen positiv über das Verhalten der russischen Hooligans äußerte, soll Schprygin zuvor auch alten Bekannten aus der Szene Eintrittskarten und Flugtickets organisiert haben. Seine tatsächliche Rolle innerhalb der russischen Hooliganszene, ebenso wie Lebedews Rolle im Regierungsapparat bleiben jedoch unklar. Die These von einer organisierten Randale passt vor allem nicht in das Gesamtbild der politischen Instrumentalisierung des Sports in Russland. Gerade hier versucht die russische Regierung seit Jahren, modern, erfolgreich und »sexy« zu wirken. Aus eben diesem Grund hat Russland vor kurzem auch die US-amerikanische PR-Agentur Burson-Marsteller engagiert, um einem Ausschluss der russischen Leichtathleten von den diesjährigen Olympischen Spielen in Brasilien entgegenzuwirken. Marodierende Hooligans passen nicht in dieses Bild. Negative Schlagzeilen, Verhaftungen und Ausweisungen von russischen »Fans« sind nämlich nichts anderes als ein herber Rückschlag für das Image, das Russland im Sport aufbauen möchte. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass sowohl der Kreml als auch der russische Sportminister Witalij Mutko, gleichzeitig Präsident des russischen Fußballverbandes, die Ausschreitungen von Marseille später verurteilten. Ferner soll die russische Polizei schließlich auch die französische Polizei dabei unterstützt haben, eine Gruppe russischer Hooligans festzunehmen. Mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland ist in jedem Fall davon auszugehen, dass repressive Maßnahmen gegen russische Hooligans und damit auch Konflikte zwischen den Hooligans und den Behörden zunehmen werden. Wie in Westeuropa bereits vor etlichen Jahren geschehen, wird man auch in Russland die Sicherheitsmaßnahmen erhöhen und bestimmte Verhaltensregeln für den Stadionbesuch erlassen, die – einhergehend mit einer anhaltenden Kommerzialisierung des Fußballs – darauf abzielen, ein familienfreundlicheres Umfeld zu schaffen und eine wohlhabendere Klientel anzuziehen. Der jüngste Beschluss der Duma, eine Schwarze Liste von Fußballhooligans zu erstellen, ebenso wie die Verabschiedung eines Gesetzes, dass zukünftig der Verkauf und der Eintritt zu Sportveranstaltungen in Russland nur noch personalisiert (unter Vorlage eines Passes) erfolgen darf, deuten zweifellos in diese Richtung.

Die Ereignisse in Marseille als eine von Putin gesteuerte Operation zu bezeichnen, birgt letztlich die Gefahr in sich, die Effizienz der russischen Regierungsführung

sowie ihre Handlungsfähigkeit zu überschätzen. Gleichzeitig besteht das Risiko, Konflikte innerhalb der Elite und ihrer unterschiedlichen Subgruppierungen fernab der »Machtvertikale«, einschließlich vorhandener Profilierungsbestrebungen innerhalb des Machtgefüges, zu vernachlässigen. Dadurch wird genau jenes Bild eines allmächtigen Putin bedient, das der Kreml stets zu zeichnen versucht. Die Aufgabe, die sich stellt, ist es jedoch, nicht an der Konstruktion dieses Bildes mitzuwirken, sondern vielmehr, diesen Mythos zu dekonstruieren. Letztlich laufen Darstellungen der Vorkommnisse in Marseille als Teil der »hybriden Kriegsführung« Russlands vor allem auch Gefahr, nicht nur ein prinzipiell sinnvolles Konzept, sondern schlussendlich auch den tatsächlichen (hybriden) Krieg, den Russland in der Ukraine führt, zu banalisieren.

Über den Autor

Steffen Halling ist Doktorand an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen und Stipendiat in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik. In seiner Doktorarbeit beschäftigt er sich mit Legitimationsstrategien ukrainischer Oligarchen.

Dieser Beitrag ist in leicht veränderter Form zuvor in englischer und russischer Sprache auf der Website von »The Intersection Project: Russia/Europe/World« erschienen (<http://intersectionproject.eu/article/russia-europe/marseille-hybrid-hooligans>).

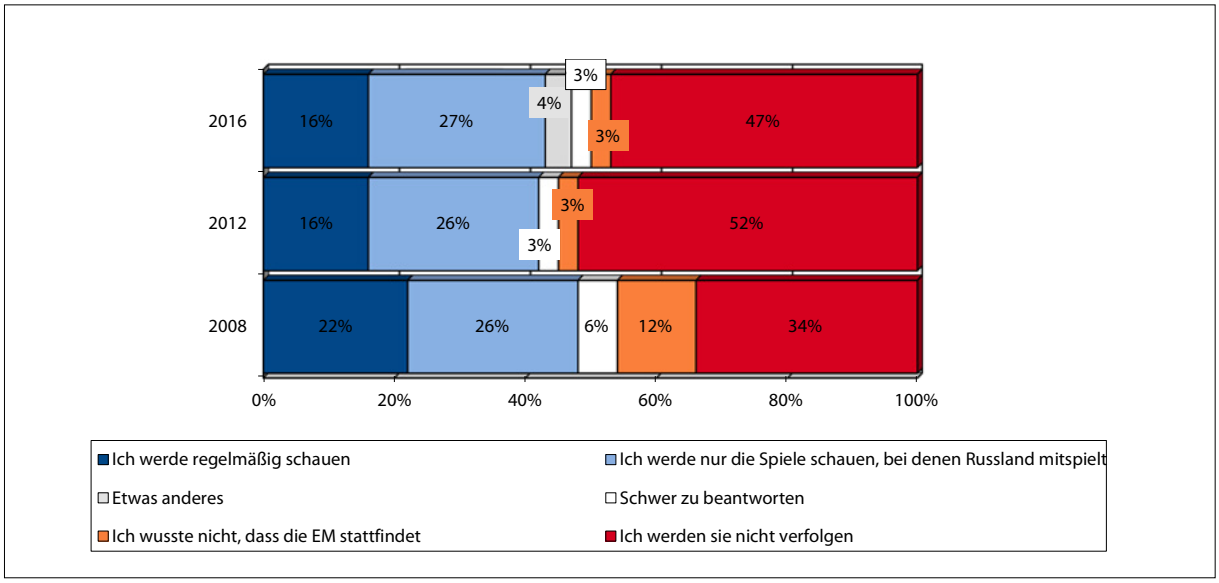
Lesetipps

- Cornelissen, Scarlett: The Geopolitics of Global Aspiration: Sport Mega-events and Emerging Powers, in: The International Journal of the History of Sport, 27.2010, Nr. 16–18, S. 3008–3025.
- Ganzenmüller, Jörg; Manfred Zeller: Zuschauergewalt im östlichen Europa, in: Digitales Handbuch zur Sportgeschichte Osteuropas, 2013; <http://www.ios-regensburg.de/fileadmin/doc/Sportgeschichte/Ganzenmueller_Zeller_Sport_und_Gewalt.pdf>.
- Glathe, Julia: Die Bewegung der Okolofutbol`shchiki – Die russische Fan- und Hooliganszene im Kontext der rechtsradikalen Bewegung Russlands [= Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, AP 02/2013]; <http://www.oei.fu-berlin.de/soziologie/Arbeitspapiere/Glathe-Arbeitspapier-2-2013.pdf>.
- Halling, Steffen (2013): Integrationsmotor Fußball? Russland, die Ukraine und die »Vereinigte Liga«, in: OST-EUROPA, 63.2013, Nr. 9, S. 79–97.
- Riordan, Jim: Football: Nation, City and the Dream. Playing the Game for Russia, Money and Power, in: Soccer & Society, 8. 2007, Nr. 4, S. 545–560.
- Verkhovsky, Alexander: The Ultra-Right in Russia in 2012 [= Friedrich Ebert-Stiftung International Policy Analysis], September 2012; <http://library.fes.de/pdf-files/id-moe/09348.pdf>.

UMFRAGE

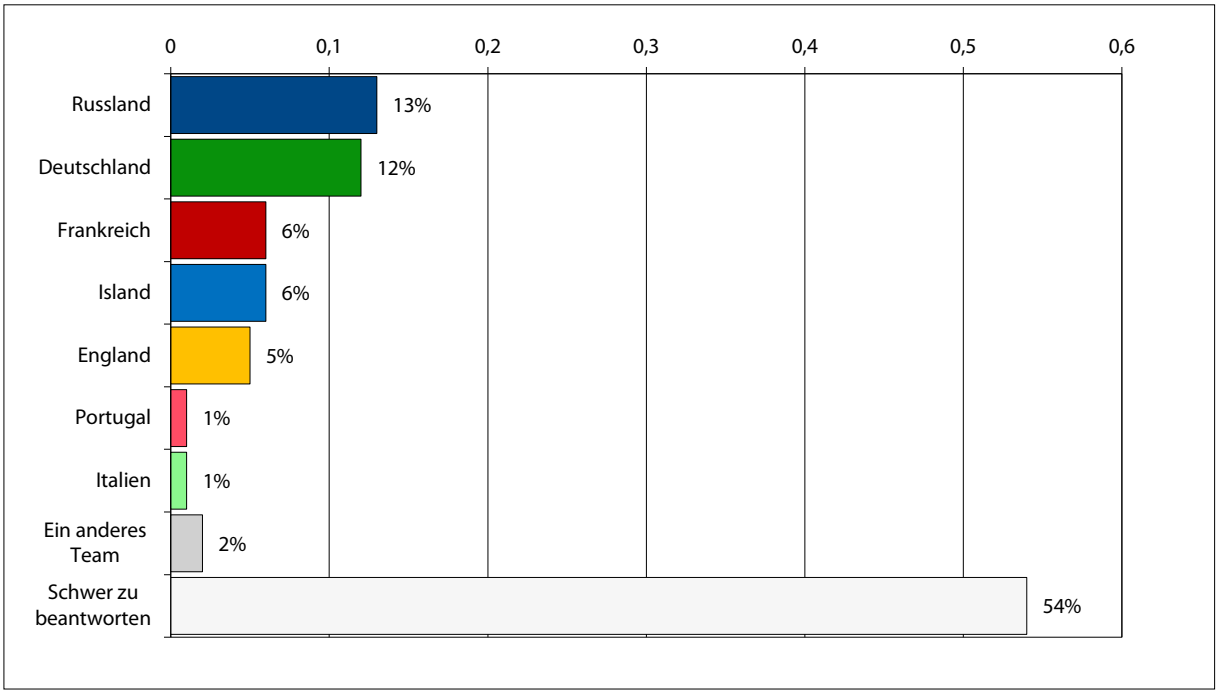
Interesse für die Fußball-Europameisterschaft

Grafik 8: Werden Sie die Übertragung der Europameisterschaft verfolgen?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 11.–12. Juni 2016, <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115736>*, 16. Juni 2016*

Grafik 9: Was denken Sie, welches Team wird Europameister?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 11.–12. Juni 2016, <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115736>*, 16. Juni 2016*

CHRONIK

17. – 30. Juni 2016

17.6.2016	Die Europäische Union verlängert die Sanktionen gegen die von Russland annektierte Halbinsel Krim um ein weiteres Jahr. Die Sanktionen untersagen Investitionen auf der Krim sowie den Handel mit ihr.
17.6.2016	Der Internationale Leichtathletikverband (IAAF) beschließt einstimmig, die seit November 2015 geltende Sperre des russischen Verbands wegen systematischen Dopings aufrechtzuerhalten.
18.6.2016	Das Strafermittlungskomitee leitet gegen den ehemaligen Direktor des Moskauer Anti-Doping-Labors Grigorij Rodtschenkow ein Verfahren wegen Amtsmissbrauchs ein. Rodtschenkow hatte im Mai über ein umfassendes staatlich organisiertes Doping-Programm während der Olympischen Winterspiele in Sotschi berichtet, an dem er selbst beteiligt gewesen sei.
18.6.2016	Verteidigungsminister Sergej Schojgu trifft während eines unangekündigten Staatsbesuchs in der syrischen Hauptstadt Damaskus den syrischen Präsidenten Baschar al Assad. Thema der Unterredung waren die militärische Zusammenarbeit und der Kampf gegen terroristische Organisationen auf syrischem Boden. Details des Gesprächs wurden nicht bekannt.
19.6.2016	Während einer Bootstour auf dem See Sjamosero in Karelien, an der 47 Kinder aus einem Ferienlager mit vier erwachsenen Begleitpersonen teilnehmen, gerät die Gruppe in ein Unwetter. Dabei kentern die Boote und 14 Kinder ertrinken. Gegen die Direktorin des Camps und weitere Mitarbeiter wird Anklage wegen Verletzung der Sicherheitsbestimmungen erhoben.
20.6.2016	In St. Petersburg finden Gespräche zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, dem armenischen Präsidenten Sersch Sargsjan und dem aserbaidschanischen Präsidenten Ilham Alijew über die Regulierung des Konflikts um Berg-Karabach statt. Es wird vereinbart, die Zahl der OSZE-Beobachter an der Frontlinie im Konfliktgebiet zu erhöhen.
21.6.2016	Die Botschafter der 28 EU-Staaten einigen sich darauf, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate zu verlängern, da der Friedensprozess mit der Ukraine unzureichend fortgeschritten und einige Vereinbarungen des Minsker Abkommens nicht umgesetzt seien.
21.6.2016	Das Internationale Olympische Komitee (IOC) bestätigt nach einem Spitzentreffen mit den Mitgliedsorganisationen in Lausanne die Disqualifizierung des russischen Leichtathletik-Teams. Nachweislich saubere russische Leichtathleten dürfen aber trotzdem bei den Olympischen Spielen in Rio unter ihrer Landesflagge teilnehmen, wenn sie sich außerhalb des russischen Anti-Doping-Systems aufhalten und testen lassen.
22.6.2016	Anlässlich des 75. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion finden in vielen Regionen Russlands Gedenkveranstaltungen in Erinnerung an den Beginn des Großen Vaterländischen Kriegs statt. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier veröffentlicht anlässlich des Gedenktages in drei Tageszeitungen in Russland, der Ukraine und in Belarus einen Gastbeitrag.
22.6.2016	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung das Gesetz über die Bildung der Nationalgarde. Die Nationalgarde ist demnach gemeinsam mit dem Innenministerium für die Sicherung der öffentlichen Ordnung zuständig. Zusätzlich wird die Nationalgarde für die Abwehr von Terroranschlägen, die Verteidigung des Territoriums und den Schutz bestimmter Staatsobjekte zuständig erklärt. Der Nationalgarde wird die Erlaubnis erteilt, im Falle von Terroranschlägen, Geiselnahmen und zur Abwehr von Angriffen auf wichtige Staatsobjekte auch in Menschenmengen Waffen einzusetzen.
23.–24.6.2016	In Taschkent findet das 15. Gipfeltreffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) statt. Mitglieder der SOZ sind bisher China, Russland, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan. Zentrales Thema des Treffens ist der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus.
24.6.2016	Die Staatsduma verabschiedet in der zweiten und dritten Lesung ein Paket von Antiterrorismus-Gesetzen. Das Gesetzespaket enthält unter anderem die Bestimmung, dass Telekommunikationsanbieter Verbindungsnachweise ein ganzes Jahr und Aufzeichnungen ein halbes Jahr speichern müssen. Die umstrittene Bestimmung, der zufolge terroristische Verbrechen den Entzug der russischen Staatsbürgerschaft ermöglichen würden, wurde während der zweiten Lesung gestrichen.
24.6.2016	Die Staatsduma verabschiedet ein Gesetz, das den Verkauf von personalisierten Eintrittskarten für Sportveranstaltungen regelt. Zusätzlich enthält es eine Bestimmung über die Veröffentlichung »schwarzer Listen« von Fans, denen das Verbot erteilt wurde, Sportveranstaltungen zu besuchen.
24.6.2016	Der Gouverneur des Gebiets Kirow, Nikita Belych, wird unter dem Verdacht der Korruption festgenommen und für zwei Monate in Untersuchungshaft genommen, nachdem ihm in einem Moskauer Restaurant 100.000 Euro übergeben wurden. Das Untersuchungskomitee beschuldigt Belych, insgesamt 400.000 Euro Bestechungsgelder von zwei Unternehmen aus der Region erhalten zu haben.

25.6.2016	Russland und China bauen im Rahmen des Staatsbesuchs von Präsident Wladimir Putin die bilateralen Beziehungen durch zahlreiche Abkommen aus. Präsident Putin wird von einer Delegation zahlreicher Wirtschaftsvertreter und hochrangiger Beamter begleitet. Insgesamt werden fast 60 Abkommen unterzeichnet, unter anderem in den Bereichen Flugzeugbau, Infrastruktur, Handel, Technologie und Innovation
26.6.2016	Russland und Italien einigen sich laut dem russischen Botschafter in Italien auf die Schaffung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zu den neuen Herausforderungen und Bedrohungen beim Kampf gegen Terrorismus.
27.6.2016	Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärt erstmals öffentlich in einem Brief an Präsident Wladimir Putin sein Beileid für den Tod des Piloten des Kampfjets Su-24, der vor sieben Monaten durch das türkische Militär abgeschossen wurde.
28.6.2016	Der Leiter der Russischen Autorengesellschaft (RAO) Sergej Fedotow wird wegen Verdachts auf besonders schweren Betrug bis Mitte August in Untersuchungshaft genommen.
28.6.2016	Der Generalmajor Aleksej Rubeschnoj wird zum neuen Leiter des Sicherheitsdienstes des Präsidenten ernannt.
29.6.2016	Präsident Wladimir Putin drückt in einem Telefongespräch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan sein Beileid nach dem Terroranschlag auf den Atatürk-Flughafen in Istanbul aus. Es ist das erste Gespräch seit sieben Monaten, nachdem ein russischer Kampfjet durch das türkische Militär abgeschossen wurde. Während des Telefonats wurde auch über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen und über ein mögliches persönliches Treffen gesprochen.
29.6.2016	Der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault empfängt seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zu einem Geschäftsessen. Gesprächsthemen waren die bilateralen Beziehungen und aktuelle Krisen in Syrien, der Ukraine und um Berg-Karabach.
29.6.2016	Der wegen Korruptionsverdachts festgenommene ehemalige Gouverneur des Gebiets Kirow, Nikita Belych, tritt aus Protest gegen seine Anklage und die verweigerte Möglichkeit, seine Familie zu sehen, in einen Hungerstreik.
30.6.2016	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew kündigt eine schrittweise Aufhebung der russischen Sanktionen gegen die Türkei an. Dabei handelt es sich um die Aufhebung des Lebensmittelembargos und des Verbots für Charterflüge aus Russland.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde und Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann
Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/

Kostenlose E-Mail-Dienste
der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter <www.laender-analysen.de>.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>